

# DISKUSSIONSPAPIER

# Nachhaltige Landwirtschaft

LEIT



BILDER



# Inhaltsverzeichnis

- 04**    **Vorwort**
- 05**    **Grußwort des Bischofs Dr. Felix Genn**
- 09**    **Vorstellung des Leitbildes durch Bernd Hante**  
Diözesanpräses der KLB und KLJB
- 12**    **GESELLSCHAFTLICHES LEITBILD FÜR EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT**
- 18**    **Kommentar von Prof. Dr. Folkhard Isermeyer**  
Präsident des Thünen-Instituts
- 25**    **Impressionen der Abschlussveranstaltung**
- 26**    **Kommentar von Ursula Heinen-Esser**  
Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes  
Nordrhein-Westfalen
- 28**    **Kommentar von Sybille Benning**  
MdB (CDU)
- 30**    **Kommentar von Prof. Dr. Guido Ritter**  
FH Münster, Fachbereich Oecotrophologie
- 32**    **Antworten von Prof. Dr. Thomas Blaha**  
Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz
- 35**    **Kommentar von Friedrich Steinmann**  
Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband
- 36**    **Kommentar von Dr. Britta Linnemann**  
NABU-Naturschutzstation Münsterland
- 38**    **Kommentar von Regina Selhorst**  
Westfälisch-Lippischer LandFrauenverband
- 40**    **Kommentar von Ulrich Jost-Blome**  
Fachstelle Weltkirche im Bischöflichen Generalvikariat
- 44**    **Kommentar von Michael Radau**  
Vorstand SuperBioMarkt AG

- 46**      **Kommentar von Hermann Kroll-Schlüter**  
Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- 48**      **Kommentar von Dirk Hillerkus**  
Institut für Kirche und Gesellschaft
- 50**      **Schlusswort zum Agrardialog von Mareike Henkelmann**  
Regionalvorstand Münsterland des KLJB im Bistum Münster e.V.
- 52**      **Anhang: Offener Brief der niedersächsischen Bischöfe an die  
Landwirt\*innen Niedersachsens**
- 55**      **Impressum**

## Vorwort - Zum Geleit

Liebe Leserinnen, liebe Leser, vor Ihnen liegt ein Arbeitspapier, das das Ergebnis unseres im Jahr 2019 begonnenen Agrardialogs im Bistum Münster ist. Ein Jahr lang haben wir es gewagt, die gesamte Wertschöpfungskette der Lebensmittelerzeugung hierzulande in den Blick zu nehmen und den Dialog zu führen.

Wie soll und kann die Landwirtschaft der Zukunft aussehen? Was heißt Nachhaltigkeit in Bezug auf die natürlichen Ressourcen, aber auch in Bezug auf die Menschen, die von der Arbeit auf den Höfen leben? Fragen, die viele Menschen in unserer Gesellschaft umtreibt. Dass Veränderungen nötig sind, darüber sind sich die Beteiligten – auch die Bauernfamilien – im Klaren. Aber wie und wohin sollen sie führen? Wie kann es gelingen, eine Landwirtschaft bei uns zu erhalten, die so sorgsam und schonend mit den natürlichen Ressourcen und der gesamten Schöpfung wirtschaftet wie irgend möglich?

Ohne den Blick zu verengen, lag bei diesem Format der Fokus auf der Landwirtschaft insbesondere im Bistum Münster: Faire Handelsbedingungen, faire Preise und faire Löhne sind nicht nur ein Thema im globalen Kontext, sondern betreffen auch die Bauern bei uns sehr konkret.

Und schließlich: Wie schaffen wir es, die verschiedenen Interessenlagen zu verbinden, vielleicht zu versöhnen? Das geht nur im Gespräch miteinander, nicht übereinander oder

nebeneinander her. Die moderierten Runden waren viel mehr als ein Austausch von Positionen: echte Gespräche und Auseinandersetzungen zwischen Vertretern und Vertreterinnen sehr verschiedener Gruppen und mit sehr verschiedenen Ansätzen, die sich um gegenseitiges Verständnis, um gemeinsame Entwicklungsschritte und verbindliche Lösungen bemüht haben.

Die Voraussetzungen dafür waren eine lernende Haltung, ein großer Respekt voreinander, eine entschiedene Offenheit, die Zeit für jeweils intensive Gespräche, der Wille zur Verbundenheit und die Rede in einem geschützten Raum, der die Beteiligten „von Herzen“ sprechen ließ.

Auf der Grundlage der katholischen Soziallehre haben wir die Ergebnisse dieser Runden Tische im vorliegenden Dokument **Nachhaltige Landwirtschaft – LeitBilder** zusammengefasst. Der Dialog ist nie zu Ende, er ist ein Aufbruch in eine gemeinsame Zukunft mit den Bauern und Bäuerinnen und dem gesamten Sektor Landwirtschaft. Daher haben wir einige Protagonisten der Runden Tische gebeten, dieses Leitbild zu kommentieren: Partizipation ist gefragt für eine gesellschaftliche Entwicklung und ihren Zusammenhalt.

So wünschen wir Ihnen eine anregende und vielleicht nachdenkliche Lektüre und uns allen gerne einen weiterführenden Diskurs.



## Grußwort des Bischofs Dr. Felix Genn am 18.08.2020

Heute, gut 1,5 Jahre nach der Auftaktveranstaltung zum Start unserer Dialogrunden für eine zukunftsfähige Landwirtschaft in unserem Bistum Münster, freue ich mich sehr, wieder bei Ihnen zu sein, um zu hören, was die Gespräche im letzten Jahr an Erkenntnissen gebracht haben. Lebendige ländliche Räume und nachhaltige Perspektiven für unsere Landwirtschaft sind mir ein wichtiges Anliegen und offensichtlich auch Ihnen, die Sie trotz Corona und Sommer-(Urlaubs-)wetter so zahlreich den Weg nach Freckenhorst gefunden haben. Vielen Dank für Ihre Teilnahme. Ich erinnere an die Ausgangsfragen, mit denen wir im Februar 2019 ge-

startet sind: Es ging darum, wie wir in Zukunft „Unser tägliches Brot“, unsere Nahrungsmittel herstellen wollen; wer sie produzieren soll; wie wir dabei mit Gottes Schöpfung umgehen; wer für was Verantwortung übernimmt. Und es ging darum, was die rasanten Veränderungen in der Landwirtschaft mit den beteiligten Menschen machen, besonders mit den Bauernfamilien, die, so ist mein Eindruck, in der wachsenden Geschwindigkeit des Strukturwandels „unter die Räder“ kommen.

Zahlreiche Bibelstellen helfen uns dabei, den richtigen Weg zu finden, und sind Grundlage unseres Handelns. Das Land soll auch kommenden Ge-



(Foto: Bischöfliche Pressestelle/Ann-Christin Ladermann)

nerationen Nahrung geben. Es ist unsere Aufgabe, das Land zu pflegen. Die Schöpfungserzählung auf den ersten Seiten der Bibel beschreibt es so: „Gott der HERR nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, dass er ihn bebaute und bewahrte.“ (1. Mose 2,15) Es geht also bei der Landwirtschaft im biblischen Sinn immer um beides, Bebauen und Bewahren. Der Mensch nutzt die Natur für die Ernährung der Menschheit. Das ist richtig und wichtig. Gleichzeitig ist ihm gesagt, dass er sie nicht ausnutzen darf. In dieser Welt hat der Mensch verantwortlich mit der ihm anvertrauten Schöpfung umzugehen. Das ist ein ihm von seinem Schöpfer übertragener Auftrag.

Schon das Wort Verantwortung ist vielsagend. Wer Verantwortung trägt, ist bereit, Rede und Antwort zu stehen. Er stellt sich hinter die eigenen Entscheidungen und vertritt sie. Verantwortung hat auch immer einen dialogischen Charakter. Wir sind im Gespräch. Ja, wir gehören zusammen. Zusammen leben wir davon, was auf dem Land wächst. Deshalb versteht es sich eigentlich von selbst, dass wir miteinander reden. Wir suchen die verantwortbare Balance zwischen dem Schutz der Natur- und der Kulturlandschaft, die uns als Nahrungsgrundlage dient. Diese Balance finden wir nur im Aufeinanderzugehen, im guten Willen aller Beteiligten und in der wertschätzenden Suche nach einem Kompromiss.

Auch heute, 1,5 Jahre nach unserem

letzten Treffen, erscheint mir die Suche nach diesem Kompromiss weiterhin schwierig zu sein. Bauern und Naturschützer gehen mit ihren Anliegen auf die Straße, trotz parallel tagender Runder Tische, trotz vorgeschlagener Kompromisse in der Tierhaltung und der Landbewirtschaftung. Der eine bittet um längere Übergangszeiten, dem anderen geht es nicht schnell und nicht weit genug. Ich habe die große Sorge, dass bei dieser Gemengelage die landwirtschaftlichen Familienbetriebe auf der Strecke bleiben. Auch die viel zitierte Solidarität des landw. Berufsstandes scheint Geschichte zu sein, den Eindruck vermitteln zumindest die Medien.

Das Ihnen vorliegende Ergebnis der Dialoggespräche für eine nachhaltige Landwirtschaft soll Grundlage für zukünftige Dialoggespräche werden. Wenn das gelingt, hat sich das Engagement der KLB, der KLJB und der LVHS gelohnt. Mein Eindruck ist jedenfalls, dass es eine gute Orientierungshilfe für alle Beteiligten liefert. Es nimmt alle Akteure in der Wertschöpfungskette in den Blick und fordert auch die kirchlichen Einrichtungen zum Umdenken auf. Glaubwürdig sind wir als Kirche im Bistum Münster nur, wenn für uns regionales und nachhaltiges Einkaufen wichtiger ist als der Preis und wenn wir auch beim Kirchenland soziale und ökologische Kriterien bei der Auswahl unserer Pächter höher gewichten als den zu erwartenden Pachtzins. Dann sind wir auf dem richtigen Weg. Ich verspre-

che Ihnen, mich dafür in unserem Bistum einzusetzen.

Aktuell werden Leitbilddiskussionen durch die wirtschaftlich schwierige Lage vieler Betriebe nach zwei Dürresommern und dem sorgenvollen Blick auf das aktuelle Wettergeschehen überdeckt. Extreme Wetterlagen nehmen zu.

Doch zurück in die Zukunft! Ja: Wir begrüßen grundsätzlich die neue und hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Miteinander von Mensch, Tier und Natur. Die Bewahrung der Schöpfung gehört zur „DNA“ der Kirche. Gleichzeitig erkennen wir in der Radikalisierung der Diskussion Gefahren für den respektvollen Umgang miteinander und für die gemeinsame Sache, die uns doch alle verbindet: Das Ziel, im Einklang mit der Natur zu leben und zu wirtschaften und gegenseitig Leistungen anzuerkennen. Es ist klar, dass die Ziele einer nachhaltigen Landwirtschaft ohne staatliche Unterstützung gegenwärtig nicht erreicht werden können. Diese ist auch gerechtfertigt, weil sich eine nachhaltige Landwirtschaft für die Gesamtgesellschaft lohnt und sie Güter bereitstellt, die von allen bejaht werden und die allen zugutekommen. Dazu gehören der artgerechte Umgang mit Tieren, die Reinhaltung von Boden, Luft und Wasser oder der Erholungswert gewachsener Kulturlandschaften.

Was allen zugutekommt – und was von allen befürwortet wird – muss

auch von allen mitgetragen werden. Wir halten deshalb das Ziel der öffentlichen Förderung einer multifunktionalen Landwirtschaft, die die ganze Vielfalt der möglichen Funktionen der Landwirtschaft und des ländlichen Raums für die Gesellschaft erschließt, für vernünftig und angemessen.

Profitieren wir nicht alle davon? In den letzten 50 Jahren ist der Anteil für Lebensmittel im durchschnittlichen Haushaltsbudget von etwa 33 % auf 11 % gefallen. Noch immer landen etwa 30 % der erzeugten Nahrungsmittel nicht auf dem Tisch und werden aus unterschiedlichsten Gründen ungebraucht weggeworfen. Hier tragen wir alle Verantwortung! Hier muss sich unsere Haltung ändern. Verschwendung ist auf Dauer unhaltbar.

Sicher erwarten Sie auch, dass ich zu den sog. Werkverträgen in den Schlachthöfen und in vielen anderen Branchen unserer Wirtschaft Stellung beziehe. Hier ist meine Antwort eindeutig: Ob in der Fleischbranche, bei den Paketzustellern, bei Pflegekräften oder wo auch immer wir uns billiger Arbeitskräfte bedienen – sie menschenwürdig unterzubringen und gerecht zu bezahlen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Es ist beschämend, wie lange wir, auch in der Kirche, weggeschaut haben.

Führen wir diesen Dialog also weiter und machen uns gemeinsam auf den Weg, zukunftsfähige Leitbilder mit Leben zu füllen. Wir, die Kirche im Bistum Münster, bieten auf Grundla-

ge unserer Vorschläge an, die Gespräche, dieses Ringen nach Kompromissen zu moderieren. Ein herzlicher Dank gilt nochmals allen Beteiligten, die den Dialogprozess im letzten Jahr gestaltet haben und, da bin ich sicher, auch fortführen werden.

Ich weiß, wie wertvoll und wichtig das Wirken der Verbände KLB, KLJB und auch der Landvolkshochschulen als Raum des Vor- und Nachdenkens ist. Niemand kann das besser als Menschen, die auch zukünftig im ländlichen Raum leben und arbeiten.

Wir erhalten nachfolgend einen kleinen Einblick in die stattgefundenen Workshop-Gespräche. Präses Hante wird uns anschließend die Hintergründe des Ihnen vorliegenden Leitbildes erläutern.

Sehr gespannt bin ich auch auf die Einordnung des vorliegenden Leitbildes in die aktuelle politische und wissenschaftliche Diskussion von Ihnen, Herr Prof. Isermeyer.

Ganz bewusst habe heute nicht ich, der Bischof, sondern hat die Jugend das letzte Wort. Ohne ihre Bereitschaft, die Höfe der Eltern zu übernehmen, ohne ihre Lust aufs Land hat weder die Kirche im Dorf noch irgendein Leitbild Bestand.

Vielen Dank fürs Zuhören!



(Foto: Bischöfliche Pressestelle/Ann-Christin Ladermann)

## Vorstellung des Leitbildes Bernd Hante

Diözesanpräses der KLB und KLJB

Brücken bauen, das war und ist unser Antrieb. Das vorliegende Leitbild will dazu ein Beitrag sein. Sie sehen es in den Kommentaren aus einem jeweils anderen Blickwinkel, wir tun es nach unseren Gesprächen auch mit kirchlichem und ethischem Blick.

Wenn wir eine Landwirtschaft in Deutschland behalten wollen, dann müssen wir was tun! Wollen wir die Ernährungssouveränität in Deutschland erhalten, dann brauchen wir eine lebendige und attraktive Landwirtschaft zu vernünftigen und nachhaltigen Bedingungen.

Dann brauchen wir einen gesellschaftlichen Diskurs, der nach Lösungen sucht und ringt. Dazu soll dieses Leitbild eine Anregung sein. Ein paar Punkte greife ich heraus:

In den vergangenen Jahren beteiligten sich viele an der Frage: Welche Landwirtschaft wollen wir? Und wir fragen im ersten Punkt des Leitbildes, wie wir Nachhaltigkeit definieren. Sie ist eine Balance zwischen drei Faktoren: Ökologie, Ökonomie und Soziales. Das Letztere ist in der gesellschaftlichen Betrachtung das Schlusslicht. Natürliche Erzeugnisse müssen ihren Preis haben, eine multifunktionale Landwirtschaft muss eine soziale Sicherheit der bäuerlichen Familien im Kontext lebendiger Dörfer abbilden. Aus landwirtschaftlicher Perspektive sollte sie sich in diesem Dreieck mit ihren aktiven Bauern und Bäuerinnen als Dienstleister für das



Ökosystem und die Gesellschaft verstehen.

Ein Knackpunkt ist das Eigentum. Ackerland wird zum Spekulationsobjekt, zur profitablen Investition, wenn selbst ein Ex-Bauernpräsident, wie jüngst geschehen, Land an die Aldi-Erben verkauft. Landwirtschaftliche Nutzfläche gehört in Bauernhand, da bin ich schon erstaunt, dass ein ehemaliger Bauernpräsident das Land lieber versilbert, anstatt Verantwortung für das Land zu tragen. Was passiert? Landwirtschaftliche Nutzfläche verselbständigt sich zu einer reinen Kapitalanlage, Eigentum wird konzentriert und die dazugehörige Landschaftspflege geschwächt, die Kapitalisierung der Schöpfung wird zu einem reinen Objekt der Gewinnmaximierung. Wir brauchen ein Agrarstrukturgesetz, diese Forderung liegt auch der Politik vor.

Tierhaltung, wie sie gerne gesehen wird, und wie wir sie hier auch ansprechen, ist nicht so einfach umzusetzen,



solange es nicht sichere Rahmenbedingungen gibt. Solange wir in der Wertschöpfungskette nur mit Mengen agieren und mit einem Standard von Produktqualität, werden wir hier nicht so zügig vorankommen. Qualität muss auch den Prozess von Erzeugung und Verarbeitung abbilden. Ich sage das auch als verantwortlicher Priester unseres Bistums Münster. Wir (das Bistum) sind sozusagen der Hotspot der Tierhaltung unter den Bistümern Deutschlands, von daher ist es für uns von regionaler Bedeutung. Subsidiarität und regionale Wirtschaftskreisläufe sind nicht nur ein Thema für die regionale Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln, sondern sie sind auch von internationaler Bedeutung: Jedes Land der Erde hat ein Recht, die Ernährung der Bevölkerung souverän zu verantworten. Wir erzeugen weltweit ausreichend Nahrungsmittel. Wir tragen zugleich eine große Verantwortung für regionale Märkte auch in den anderen Teilen der Welt, die wir nicht mit Exporten unserer Überschüsse belasten oder sogar zerstören dürfen. Beispiel: Da passiert es, dass die hierzulande überschüssigen Hähnchenschenkel als Billigware auf den Markt von Ghana gespült werden, die Produkte aus dem eigenen Land keinen Absatz finden. Die regionale Wertschöpfung wird blockiert. Nachhaltige Marktstrategien sehen anders aus. Da müssen aus unserer Sicht gleichwertige Handelspartner entwickelt und Wertschöpfung im Partnerland aufgebaut

werden. Eine ausreichende Agrarlandschaft in jedem Land zu entwickeln, ist ein Schlüssel für die Bekämpfung von Hunger und Armut. Zudem fördern regionale Wirtschaftskreisläufe und Erzeugnisse zugleich die regionalen kulturellen Identitäten hier wie anderswo.

Wir haben auch einen Blick auf die Gewohnheiten der Verbraucher\*innen gelegt. Ohne eine Veränderung und Entwicklung einer Ernährungs- und Konsumethik wird es nicht gehen. Ethik ist mehr als eine Frage des Geldes, es ist eine Frage der Haltung und Bildung und des Gemeinwohls. Daher könnte es wieder ein Unterrichtsfach der Schulen werden.

Ohne Politik geht es nicht! Die Leitplanken, die wir hier für die Politik, für Politikerinnen und Politiker formuliert haben, die Entscheidungen, die nötig sind, überragen eine Legislaturperiode. Politische Entwürfe für eine nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft sollten weniger von der Dauer einer Mandatszeit geprägt sein, politisches Handeln orientiert sich an den Gesellschaftskriterien von Gemeinwohl, Personenwürde, Solidarität und Subsidiarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die Bauern und Bäuerinnen brauchen Verlässlichkeit, die über eine Legislatur hinausgeht. Und was mit dem Mund bekannt wird, muss durch das Handeln gedeckt sein. Die Forderung, dass sich Produkt- und Prozessqualität in den Preisen abbilden müssen, dass die heimische Landwirtschaft geschützt wird,

bedeutet, sich mit großen Playern in der Wertschöpfungskette auseinanderzusetzen und Rahmenbedingungen zu setzen. Bisherige Politik zeigt mir, dass sie den notwendigen Wandel in der Landwirtschaft im Munde führt, doch es bedarf weit mehr, als die Nutztierhaltungsverordnung in der Schweinehaltung auf einen neuen Standard zu heben. Da muss es auch eine Idee geben, wie sich das im Preisbild abbildet. Produkt- und Prozessqualität müssen vom LEH ausgewiesen werden. Wenn wir das schon wüssten, wie das geht, hätten wir Ihnen eine Vorlage geliefert. Doch da müssen wir ran!

Unser Agrardialog will eine nachhaltige, eigenständige, verantwortliche und familiäre Landwirtschaft unterstützen. Wir brauchen einen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Willen aller.

Wir brauchen junge und engagierte Bauern und Bäuerinnen, die es wieder lernen, Solidarität miteinander und untereinander zu leben.

Unsere Gespräche mit den runden Tischen im Zeitraum des letzten Jahres geben mir die Hoffnung, dass wir diese gesellschaftliche Aufgabe gemeinsam anpacken können, zügig!

Und ich sage hier gerne: Wir überlegen mit, wie das Leitbild umgesetzt werden kann.

# Gesellschaftliches Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft

## 1. Verantwortung für die Schöpfung durch nachhaltiges Wirtschaften

Eine nachhaltige Landwirtschaft legt es darauf an, „die Natur in ihrer ganzen Vielfalt als Nahrungsquelle und Lebensraum zu bewahren“.<sup>1</sup> Das heißt, sie wird nicht das Letzte aus Boden und Tieren herausholen. Es sind alte Prinzipien, im Grunde Überlebensprinzipien der Menschheit, die sich in diesem Ansatz widerspiegeln: Dem Boden soll man nicht mehr Nährstoffe entnehmen, als ihm zurückgegeben werden kann.

Das Vieh soll so gehalten werden, dass sein Wohlbefinden und Bestand auf Dauer gesichert bleibt. Im Wald soll nicht mehr Holz geschlagen werden, als nachwächst.

Artenvielfalt sehen wir als wichtigen Bestandteil nachhaltiger Landwirtschaft.

Es geht hier um eine innere Verbundenheit von Mensch und Schöpfung, die ein ethisches Leitprinzip darstellt. Die Schöpfung, der Lebensraum wird als Gestaltungsraum gesehen, der nicht beliebig verwertbar ist. Es geht um die innere Haltung diesem Raum gegenüber und seinen Möglichkeiten, und zwar wird es eine Haltung der Achtsamkeit und des rechten Ma-

ßes sein.<sup>2</sup>

Nachhaltigkeit als ethische Leitlinie ist also nicht nur ein ökologisches Prinzip, sondern eine Grundeinstellung zum Leben, die nicht darauf zielt, Ressourcen auszubeuten, sondern die Regenerationsfähigkeit in dem System von Natur und Gesellschaft zu erhalten. Dies bedeutet: Ressourcenschonung und Umwelterhaltung müssen die Grundlage allen wirtschaftlichen Handelns sein.<sup>3</sup>

Im Blick auf zukünftige Generationen geht es um eine multifunktionale Landwirtschaft, die Lebensmittelerzeugung, Produktion nachhaltiger Rohstoffe, Landwirtschaftspflege und Naturschutz und soziale Sicherheit für bäuerliche Familien im Kontext lebendiger Dörfer in integrierten Konzepten verbindet. Nachhaltige Land-



<sup>1</sup> DBK und EKD, Neuorientierung für eine nachhaltige Landwirtschaft, Bonn 2013, Ziffer 43

<sup>2</sup> Vergl. Laudato Si', 2015, Ziffer 224

<sup>3</sup> vergleiche: DBK und EKD, Für die Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Bonn 1997, Ziffer 226



wirtschaft ist somit eine Querschnittsaufgabe. Nachhaltige Landwirtschaft ist viel mehr als reine Nahrungsmittelproduktion.

## **2. Leitbild will soziale Sicherheit von Bauern und Bäuerinnen**

Die Strategie der letzten Jahrzehnte, der reinen Fokussierung auf Mengenproduktion, hat zu einer Entwertung der Lebensmittel geführt. Der Preis für Lebensmittel muss mehr enthalten. Die Kirchen fordern daher: „Die finanzielle Anerkennung muss sich auf das gesamte Spektrum der Leistungen beziehen, die die Gesellschaft von ihnen (den Bauern) erwartet. So verdienen insbesondere die Beiträge im Naturschutz, in der Landschaftspflege und in der ländlichen Kultur, die von den Landwirten erwartet und erbracht werden, angemessene Honorierung und gezielte Förderung. Es handelt sich um Güter, für die die Allgemeinheit als Nachfrager auftritt und zahlt und für die die gesamte Gesellschaft eine Mitverantwortung trägt.“<sup>4</sup> Zugleich verdient die Landwirtschaft „eine (...) Solidarität und Unterstützung für die notwendigen Wandlungsprozesse (...).“<sup>5</sup> Das beinhaltet zum einen eine tiefe Verbundenheit mit den gewachsenen Traditionen, die für den ländlichen Raum eine Identifikationsmarke bedeutet; zum anderen eine materielle Unterstützung, um Perspektiven der Nachhaltigkeit zu entwickeln.

## **3. Eigentum verpflichtet**

Eine breite Streuung des Eigentums ist die Grundlage für einen nachhaltigen Umgang mit Grund und Boden. Die Politik und Gesellschaft kann aufgrund der Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums eine nachhaltige Landschafts- und Naturpflege erwarten<sup>6</sup>, und zugleich brauchen Bauern und Bäuerinnen einen sozial verantwortlichen Zugang zum Eigentum, bzw. zu Grund und Boden zu verträglichen Preisen. Dafür ist Sorge zu tragen: Landwirtschaftliche Eigentumsflächen gehören nicht in die Hände außerlandwirtschaftlicher Investoren. Auch beim Pachtpreis gilt das Gemeinwohlprinzip, die soziale Verpflichtung des Eigentums.

---

<sup>4</sup> Dies, Ziffer 47

<sup>5</sup> Dies, Ziffer 48

<sup>6</sup> Vergl. Dies, Ziffer 50

#### 4. Leitbild will Tiere als Mitgeschöpfe

Tiere sind keine Sache, sondern Mitgeschöpfe. Die damit verbundene Wertschätzung für die Tiere ist für uns selbstverständlich. „Für Christinnen und Christen ist die Welt mit ihren Tieren und Pflanzen mehr als ein Rohstofflager, mehr als Material für menschliche Zwecke. Sie ist in ihrer Dynamik und Vielfalt Schöpfung Gottes und Ort seiner Gegenwart, die immer dann sichtbar wird, wenn der Mensch seinen Mitmenschen und Mitgeschöpfen in Achtung und Liebe begegnet. Diese Grundperspektive christlicher Schöpfungsverantwortung darf im landwirtschaftlichen Umgang mit Tieren nicht aus dem Blick geraten.“<sup>7</sup> Wir erkennen gleichzeitig an, dass auch Milch, Eier und Fleisch wichtige Bestandteile der menschlichen Ernährung sind.<sup>8</sup>

#### 5. Subsidiarität und regionale Wirtschaftskreisläufe

Wir vertreten das Prinzip der Ernährungssouveränität mit Hilfe unserer heimischen Landwirtschaft. Wir glauben, dass regionale Erzeugung unentbehrlich für die Ernährung der Bevölkerung ist, auch hinsichtlich der Verantwortung der weltweiten Ernährungssicherheit. Daher gilt: „Das sozialetische Prinzip der Subsidiarität ist für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung. Gemeint ist der Vorrang für Selbständigkeit und Eigeninitiative kleinerer Einheiten. Was auf unterer Ebene zu leisten und zu gestalten ist, soll nicht von hierarchisch höheren Ebenen entschieden werden. Subsidiarität wendet sich gegen einseitige Zentralisierung, weil

sie auf Dauer zu einer Entmündigung der kleineren Einheiten und zu geringerer Flexibilität in der Anpassung an spezifische Standortvoraussetzungen führt. Subsidiarität wurde mit dem Maastrichter Vertrag als ein Grundprinzip für den Aufbau der europäischen Einheit anerkannt. Sie befürwortet föderale Strukturen im Sinne von Einheit in Vielfalt.“<sup>9</sup> Das ist kein einfaches Unterfangen. Die Abhängigkeit von Marktkonzentrationen ist unverkennbar. Dabei würde die Verstärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Entwicklung im ländlichen Raum sowie zum Schutz kleinbäuerlicher Strukturen und alternativer Vermarktungskanäle – jenseits des Wett-

---

<sup>7</sup> Dies, Ziffer 52

<sup>8</sup> vergleiche: Vollwertig essen und trinken nach den 10 Regeln der DGE: <https://www.dge.de/index.php?id=52>

DGE-Position „Vegane Ernährung“: [https://www.ernaehrungs-umschau.de/fileadmin/Ernaehrungs-Umschau/pdfs/pdf\\_2016/04\\_16/EU04\\_2016\\_M220-M230\\_korr.pdf](https://www.ernaehrungs-umschau.de/fileadmin/Ernaehrungs-Umschau/pdfs/pdf_2016/04_16/EU04_2016_M220-M230_korr.pdf)

<sup>9</sup> DBK und EKD, 2003, Ziffer 62

bewerbs auf den Weltmärkten mit Massenprodukten – beitragen.<sup>10</sup>

Die Regionalisierung bietet dem Bauern/der Bäuerin mehr Freiheit in seinem/ihrer beruflichen Handeln. Es braucht zugleich das Mitwirken von Verbraucher und Lebensmitteleinzelhandel und fördert den regional kulturellen Bezug. Es unterstützt „das Erwachen des regionalen Bewusstseins der Verbraucher und Produzenten. Gemäß der Maxime ‘global denken – lokal handeln’, die dem Geist der Subsidiarität entspricht, geht es bei der Regionalisierung nicht um eine provinzielle Blockade der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik oder einen neuen protektionistischen Drang. Weltoffen und in der Region verhaftet zu sein sind keine (...) Gegensätze.“<sup>11</sup>

## **6. Globale Verantwortung**

Die Würde des Menschen ist unantastbar, unteilbar und gilt weltweit. Für unser Handeln hier bedeutet das gemäß der päpstlichen Enzyklika, *Laudato Si'*<sup>12</sup>, dass wir das Recht aller auf ausreichend gute Nahrung bei gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen anerkennen und verantwortlich solidarisch umsetzen. Die Schöpfung stellt genügend Lebensmittel für alle bereit. Die Landwirtschaft ist damit ein Schlüsselfaktor für die Bekämpfung von Hunger und Armut. Die politischen Rahmenbedingungen und Vereinbarungen dürfen dieser Maxime nicht widersprechen.<sup>13</sup>

## **7. Ernährungs- und Konsumethik**

Wertschätzung ist die Haltung, aus der nachhaltige Wertschöpfung erwächst. Das gilt für alle Agierende in der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Die Konsumenten sind das abnehmende Glied in dieser Kette. „Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz sind darauf angewiesen, dass die Verbraucher ihrer Mitverantwortung für die Schöpfung durch eine „Politik mit dem Einkaufskorb“ gerecht werden“<sup>14</sup>: regional, saisonal und fair. Um das Ernährungsbewusstsein zu entwickeln lohnt es sich, es in einem Bildungsrahmen wie den Schulen zu verankern. Es muss eine neue Wertediskussion über einen nachhaltigen Lebensstil geben, der eben nicht nur die Landwirtschaft einbezieht,

---

<sup>10</sup> DBK und EKD, 2003, Ziffer 62

<sup>11</sup> DBK und EKD, 2003, Ziffer 68

<sup>12</sup> vergleiche: *Laudato Si'*, 2015, Ziffer 93

<sup>13</sup> Vergl. DBK und EKD, Ziffer 57

<sup>14</sup> Dies, Ziffer 70

sondern alle Lebensbereiche. Veränderungen im Konsumverhalten wirkt dem Trend entgegen, Kulturen gleichförmig zu machen: „Die konsumistische Sicht des Menschen, die durch das Räderwerk der aktuellen globalisierten Wirtschaft angetrieben wird, neigt dazu, die Kulturen gleichförmig zu machen und die große kulturelle Vielfalt, die einen Schatz für die Menschheit darstellt, zu schwächen.“<sup>15</sup> Das bedeutet: Lokale Identität für eine vielfältige Essenskultur. „Die christliche Spiritualität regt zu einem Wachstum mit Mäßigkeit an und zu einer Fähigkeit, mit dem Wenigen froh zu sein. Es ist eine Rückkehr zu der Einfachheit, die uns erlaubt innezuhalten, um das Kleine zu würdigen, dankbar zu sein für die Möglichkeiten, die das Leben bietet.“<sup>16</sup>

## 8. Die Verantwortung der Politik

Der Markt lebt von dem, was er selbst nicht machen kann: Und das sind Regeln, die dem Tauschgeschäft und dem unternehmerischen Geist einen Gestaltungsrahmen geben, die von den Kriterien des Gemeinwohls, der Personenwürde, der Subsidiarität und Solidarität, der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit geprägt sind.

Und dazu braucht es ordnende Kräfte: „Ein Faktor, der als ordnende Kraft wirkt, ist das Recht, das unter Berücksichtigung des Gemeinwohls die Regeln für das zulässige Verhalten aufstellt. Die Grenzen, die eine gesunde, reife und souveräne Gesellschaft setzen muss, sind verknüpft mit: Vorschau und Umsicht, angemessenen Reglementierungen, Überwachung der Anwendung der Vorschriften, Bekämpfung der Korruption, Aktionen wirksamer Kontrolle der unerwünschten Wirkungen der Produktionspro-

zesse und zweckmäßigem Eingreifen angesichts ungewisser oder möglicher Risiken.“<sup>17</sup> Und das ist die Aufgabe der Politik: Einen Ausgleich zu schaffen zwischen gesellschaftlichen und existenzberechtigten Interessen der Landwirtschaft in Deutschland; Regelungen nicht nur für eine gesellschaftliche Gruppe zu formulieren; Politik muss Leitplanken setzen. So kann die Ordnungskompetenz einer Politik den Verbraucher unterstützen: Die Preisfindung des Handels orientiert sich am tatsächlichen Erzeugerpreis und zahlt dem Landwirt einen fairen Preis für seine Produkte. Der Mehraufwand für höhere Produktionsstandards werden vom Handel und Verbraucher bezahlt. Produkte, die nicht nach deutschem Mindeststandard (Produkt- und Prozessqualität) erzeugt werden, werden vom Handel nicht gelistet. Dies trägt dazu

---

<sup>15</sup> Laudato Si', 2015, Ziffer 144

<sup>16</sup> Laudato Si', Ziffer 222

<sup>17</sup> Laudato Si', 2015, Ziffer 177

bei, dass die Landwirtschaft jeden Tag daran arbeiten muss, Umweltschutz, Klimaschutz und Tierwohl zu verbessern.

## **9. Schlussbemerkung: Dialog für eine zukunftsfähige Entwicklung**

„Die Überwindung der Landwirtschaftskrise braucht neue Visionen für die ländliche Entwicklung und die Rolle der in der Landwirtschaft Tätigen. Denn zu einer allgemeinen Entlastung des angespannten Agrarmarktes kann es erst kommen, wenn es der Landwirtschaft gelingt, in größerem Maßstab als wettbewerbsfähiger Anbieter für neue Produkte und Dienstleistungen tätig zu werden. Die Aufgabe besteht darin, die Vielfalt der Funktionen des ländlichen Raums stärker wirtschaftlich nutzbar zu machen. Gefragt ist ein neues Selbstverständnis des landwirtschaftlichen Berufes.“<sup>18</sup> Dazu gehört das solidarische Handeln unter Bauern und Bäuerinnen und mit der Landwirtschaft und ein Berufsverständnis, sich auch als Dienstleister für das Ökosystem zu sehen. Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten und in Einklang mit Natur, Umwelt und Gesellschaft zu entwickeln, gelingt nur gemeinsam.

---

<sup>18</sup> DBK und EKD, 2003, Ziffer 90

## **Kommentar von Prof. Dr. Folkhard Isermeyer**

Präsident des Thünen-Instituts

### **Ausstieg aus der Dauer-Kontroverse - Die schwierige Suche nach Zielbildern für unsere Landwirtschaft**

#### **ZIELBILDER STATT ZIELE**

Ein Gesellschaftsvertrag mit konkreten Zielbildern? Dieser Vorschlag soll im Folgenden näher durchdacht werden. Zunächst: Warum „Zielbilder“ und nicht „Ziele“? Weil sich Menschen unter einem Offenstall mit Einstreu, einer Solaranlage auf dem Acker oder einem Wasserrückhaltebecken in der Agrarlandschaft etwas vorstellen können. Landwirte können einschätzen, ob solche Zielbilder auch bei schlechtem Wetter oder im Seuchenfall funktionieren. Wissenschaftler können analysieren, welche Emissionen entstehen oder wie rentabel die Anlagen sind. Und die Bevölkerung kann bewerten, ob die Bilder (sowie die von der Wissenschaft mitgelieferten Zahlen) ihren Vorstellungen entsprechen und wie viel sie dafür zu zahlen bereit ist.

Demgegenüber sind „Ziele“ wie zum Beispiel mehr Tierschutz, weniger Emissionen oder höhere Wettbewerbsfähigkeit zunächst nur abstrakte Begriffe, die seit Jahrzehnten in den Politiker-Statements zu hören sind und sich abgenutzt haben. Man kann solche Ziele zwar mit Indikatoren messbar machen, doch wird die Kritik an der Landwirtschaft auch bei verbesserten Indikatorwerten fortbestehen, wenn die Bilder der Produktionssysteme nicht den Wünschen der Bevölkerung entsprechen. Eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft muss beides liefern: gute Zahlen und gute Bilder.

Für die Landwirte sind verlässlich vereinbarte Zielbilder wichtig geworden, weil sie ihre Produktionssysteme langfristig planen müssen. Nehmen wir als Beispiel einen Junglandwirt, der einen neuen Schweinestall bauen möchte: Gegenwärtig hat er (gefühl) eine fünfzigprozentige Chance auf eine Fehlinvestition. Baut er einen Warmstall mit Vollspaltenboden, so ist das zwar am kostengünstigsten, doch muss er damit rechnen, dass ihm in einigen Jahren aufgrund von Tierwohl-Defiziten die Betriebserlaubnis entzogen wird oder der Handel ihm die Tiere nicht mehr abnimmt. Entscheidet er sich für den Offenstall mit Einstreu, so ist das zwar besonders tiergerecht, aber vielleicht wird ihm in einigen Jahren wegen hoher Emissionen die Betriebserlaubnis entzogen oder die Mehrkosten dieses Produktionssystems werden dauerhaft nicht gedeckt, weil Importe die Schweinepreise niedrig halten.

#### **OPTIONEN FÜR DIE FINANZIERUNG**

An diesem Beispiel wird deutlich, dass es nicht genügt, nur Zielbilder zu fixieren. Ebenso wichtig ist es, ein überzeugendes Finanzierungskonzept zu

beschließen, mit dem die Zielbilder erreicht werden können. Unsere Landwirtschaft steht im internationalen Wettbewerb, und hier orientieren sich die Preise – abgesehen von Marktnischen – in der Regel an der jeweils kostengünstigsten Produktionstechnik. Wenn nun die Zielbilder, die für den deutschen Agrarsektor vereinbart werden, von diesem Kostenminimierungspfad abweichen, dann können Landwirte solche Zielbilder nur Realität werden lassen, wenn sie einen finanziellen Ausgleich zur Abdeckung der erhöhten Produktionskosten erhalten.

Für diese Finanzierung gibt es zwei Optionen. Die erste Option besteht darin, (a) die Zielbilder EU-weit zu vereinbaren, (b) die gesetzlich vorgeschriebenen Standards für die Landwirtschaft EU-weit anzupassen und (c) handelspolitisch einen Außenschutz durchzusetzen. Die EU-Preise pendeln sich dann oberhalb des Weltmarktpreises ein, sodass es letztlich die Verbraucher sind, die die Mehrkosten des höheren Tier- und Umweltschutzes zahlen. Die Umsetzungschancen dieser Option sind allerdings gering. Zum einen dürfte es schwierig werden, die EU-interne Meinungsbildung auf ein hohes Tier- und Umweltschutzniveau auszurichten. Zum anderen orientiert sich

die Handelspolitik noch immer an der Freihandelsdoktrin. Ob die künftige EU-Klimaschutzpolitik, die auf eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung emissionsintensiver Billigimporte angewiesen sein wird, hieran etwas ändern kann, bleibt abzuwarten.

Die zweite Option hat – zumindest kurz- und mittelfristig – größere Erfolgsaussichten. In diesem Fall bleiben die Agrarpreise auf dem niedrigen internationalen Niveau, und die Landwirte werden mithilfe von Umwelt- und Tierwohlprämien sowie Investitionsförderung in die Lage versetzt, ihre Produktionssysteme an die gesellschaftlichen Erwartungen anzupassen. Bei dieser Option tragen letztlich die Steuerzahler die Mehrkosten.

Gibt es nicht auch noch eine dritte Option, bei der Lebensmittelhandel und Verbraucher freiwillig höhere Preise für Produkte zahlen, die unter erhöhten Umwelt- und Tierschutzstandards erzeugt wurden? Ja und nein. Ja, die Wirtschaft kann bei en-



(Foto: Bischöfliche Pressestelle/Ann-Christin Ladermann)

gagierten Verbrauchern eine erhöhte Zahlungsbereitschaft mobilisieren und tut das bereits, beispielsweise im Marktsegment des Ökologischen Landbaus. Aber nein, diese Option ist nicht geeignet, um den gesamten Agrarsektor auf ein erhöhtes Tier- und Umweltschutzniveau zu bringen, da sie immer nur für einen gewissen Teil des Marktes funktioniert.

## EINE „ECHTE STRATEGIE“ FÜR DEUTSCHLAND

Bleiben wir also bei Finanzierungsoption zwei und fragen uns, wie Deutschland nun zu konkreten Zielbildern kommen kann. Hierzu enthielt der Reformvorschlag für die Gemeinsame Agrarpolitik, den die bis 2019 amtierende EU-Kommission gemacht hat, einen interessanten Kerngedanken: Jeder Mitgliedstaat soll einen nationalen Strategieplan entwickeln und dann den Einsatz der Finanzmittel, die ihm in der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Verfügung stehen, konsequent darauf ausrichten.

Ob die neue EU-Kommission diesen Vorschlag weiterverfolgen wird, lässt sich noch nicht absehen. Falls ja, würde die größte Herausforderung für Deutschland darin bestehen, eine „Strategie im eigentlichen Sinne“ zu konzipieren. Das käme einer grundlegenden Wende in der deutschen Agrarpolitik gleich, denn bisher haben agrarpolitische Strategiepapiere eher den Charakter von „Rechtfertigungspapieren“, in denen wortreich begründet wird, weshalb der Einsatz von

Steuermitteln weiterhin gerechtfertigt erscheint. Was in der Regel fehlt, sind konkrete Ziele beziehungsweise Zielbilder, konkrete Meilensteine auf der Zeitachse und ein Instrumenten-Mix, mit dem diese Meilensteine auch tatsächlich erreicht werden.

Sofern sich die Politik künftig tatsächlich in diesem Sinne aufstellen möchte, sind folgende Schritte notwendig.

Erstens muss sichergestellt werden, dass die EU-Agrarpolitik (a) ausreichende Freiräume für eine ergebnisoffene nationale Strategie gewährt und dass sie (b) den Mitgliedstaaten weiterhin ermöglicht, zur Erreichung ambitionierter Ziele zusätzliche Mittel aus ihren nationalen Haushalten einzusetzen. Zweitens müssen sich Bund und Länder dazu durchringen, die „echte Strategie“ gemeinsam zu entwickeln. Die bisherige Arbeitsteilung, bei der manche Elemente der Agrarpolitik vom Bund geregelt werden und andere von jedem Bundesland individuell, ist zu hinterfragen. Drittens muss auf Bundesebene die Dauer-Rivalität zwischen dem Agrar- und dem Umweltministerium überwunden werden. Solange beide Häuser unterschiedliche Vorstellungen zur künftigen Ausrichtung der Landwirtschaft veröffentlichen, werden Landwirte misstrauisch bleiben. Politik und Wirtschaft müssen sich, viertens, gemeinsam mit wichtigen Gruppen der Zivilgesellschaft auf langfristige Zielbilder verständigen, und die Politik muss dafür sorgen, dass Landwirte Vertrauensschutz ge-



nießen, wenn sie sich mit ihren Investitionen auf diesen Kurs einlassen.

### **Fortschritte beim Tierwohl**

Die Idee, mithilfe einer „echten Strategie“ eine ganze Wirtschaftsbranche auf ein anderes Gleis zu setzen, ist für die landwirtschaftliche Tierhaltung bisher am weitesten gediehen. Der Veränderungsdruck ist hier besonders groß. Die Bevölkerung misst dem Tierwohl eine besonders hohe Bedeutung bei, und viele der besonders kostengünstigen Produktionssysteme werden als nicht zukunftsfähig erachtet. Diese Kritik wird nicht nur von Tierschutzorganisationen und Journalisten geäußert, sondern auch von zahlreichen Wissenschaftlern und Tierärzten, vom Lebensmittelhandel und von kritischen Agrarverbänden. Sie schlägt sich zunehmend auch in Gerichtsurteilen nieder.

Der massive Druck hat dazu geführt, dass sich die Wirtschaft entlang der Lebensmittelkette in der Initiative Tierwohl zusammengeschlossen hat. Der Lebensmittelhandel zahlt einen Betrag von 130 Millionen Euro pro Jahr in einen Topf, aus dem Tausende von Landwirten eine Tierwohlprämie erhalten, wenn sie ihren Nutztieren zum Beispiel mehr Platz gewähren oder Spielmaterial anbieten. Während die Initiative Tierwohl vor allem auf Breitenwirkung abzielt (unter Beibehaltung der bestehenden Haltungssysteme), werden in Labelprogrammen (Tierschutzlabel, Neuland, Ökologischer Landbau) ambitionier-

tere Zielbilder umgesetzt, die andere Stallkonzepte erfordern. Diese Labelprogramme sind allerdings bisher auf kleine Marktsegmente beschränkt geblieben. Als dritter Ansatz ist die EU-Agrarpolitik zu nennen: Einige Bundesländer bieten in einem kleinen Segment der ländlichen Entwicklungspolitik Tierwohlprämien an, um Landwirten zu ermöglichen, ihre Tierhaltung besser auf die gesellschaftlichen Erwartungen auszurichten.

Alle drei Konzepte funktionieren im Prinzip ähnlich, haben aber jeweils eigene Regeln, Zielbilder und Audierungen. Besonders problematisch: Auch zusammengenommen erreichen die bisherigen Initiativen nicht annähernd die Finanzkraft, die erforderlich wäre, um die Tierwohl-Defizite der deutschen Nutztierhaltung zu beseitigen. Hierfür ist nach Schätzung des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ein Betrag von drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr erforderlich.

Vor diesem Hintergrund wird aktuell im Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung unter Leitung des früheren Landwirtschaftsministers Jochen Borchert an einem Plan gearbeitet, mit dem die Branche schrittweise auf ein deutlich höheres Tierwohlniveau gebracht werden soll. Das wird nur gelingen, wenn eine Finanzierung aus nationalen Steuer- oder Umlagemitteln etabliert wird, die im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Agrarpolitik und des EU-Beihilferechts

steht.

Bei der Konkretisierung der Zielbilder knüpft das Kompetenznetzwerk an Vorarbeiten an, die für die Einführung einer dreistufigen Haltungskennzeichnung gemacht wurden. Es gilt, für alle Tierarten zu konkretisieren, welche Tierwohlstandards in den verschiedenen Tierwohlstufen gelten sollen. Eine Kriterienliste ist allerdings noch kein Zielbild. Im nächsten Schritt müssen deshalb auf zahlreichen landwirtschaftlichen Pilotbetrieben „Erprobungsställe“ errichtet werden, um unter Praxisbedingungen (mit wissenschaftlicher Begleitung) verschiedene Varianten zur Realisierung der neuen Standards testen zu können. Diesen „orchestrierten“ Suchprozess nach den bestmöglichen Zielbildern möglichst schnell und schlank zu organisieren, ist eine große Herausforderung. Er erfordert zuallererst ein klares politisches Bekenntnis, darüber hinaus aber eine Anpassung von Förder-, Bau- und Umweltrecht sowie eine starke Führungsinstanz.

## **GLOBALSTEUERUNG BEIM PFLANZENBAU**

Der vom dlV angeregte Gesellschaftsvertrag könnte sein Ziel nur erreichen, wenn er sich nicht allein auf die Tierhaltung beschränkt, sondern ebenfalls die gesellschaftliche Kritik an der „Außenwirtschaft“ aufgreift und auch hierfür eine Transformationsstrategie entwickelt.

Eine Verständigung auf gesellschaftlich akzeptierte Zielbilder ist hier

weitaus schwieriger. Die Standortbedingungen unterscheiden sich von Region zu Region, Landwirte bauen eine Vielzahl von Früchten an, und sie müssen weiterhin flexibel auf unterschiedliche Wetterbedingungen und Pflanzenzustände reagieren können. Diese notwendige Flexibilität durch immer mehr Detailvorschriften einzuschränken, die dann von den Behörden zu überwachen und zu sanktionieren sind, kann zu einer „Überbürokratisierung“ führen, die den Staat überfordert und die Innovationskraft der Landwirte vor allem auf die Frage ausrichtet, wie man die (als unsinnig empfundenen) Vorschriften möglichst unerkant umgehen kann. Das Alternativkonzept zur Entwicklung des Pflanzenbaus besteht deshalb darin, die erwünschte Richtungsänderung durch eine Globalsteuerung vorzunehmen. Wenn die Gesellschaft aus Klimaschutz- und Biodiversitätsgründen möchte, dass der Einsatz von Stickstoff- und Pflanzenschutzmitteln reduziert wird, dann besteht die adäquate Politikmaßnahme darin, diese Produktionsmittel zu verteuern (gegebenenfalls gestaffelt nach Risikoklassen). Das lässt sich prinzipiell mithilfe von Steuern erreichen, was allerdings starken politischen Gegenwind erzeugen würde: Die Steuern müssen hoch dosiert werden, um eine deutliche Veränderung des Pflanzenbaus herbeizuführen, und diese hohe Dosis erzeugt bei Landwirten und Grundbesitzern starke Einkommensverluste, sodass

schwierige Debatten bezüglich einer Einkommenskompensation entstehen. Um dieser Problematik zu entgehen, könnte der Staat – im Rahmen des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels oder in einem gesonderten System – für jeden Hektar handelbare „Verschmutzungsrechte“ ausgeben (Stickstoffüberschuss, Pflanzenschutzmitteleinsatz) und die Gesamtmenge dieser Rechte jedes Jahr um einen gewissen Prozentsatz reduzieren. Landwirte, die mit weniger Stickstoffüberschuss beziehungsweise Pflanzenschutzmitteln zurechtkommen, können die nicht benötigten Zertifikate über den „Emissionshandel“ an Berufskollegen verkaufen. Der Vorteil solcher Regelungen besteht darin, dass der politisch festgelegte Reduktionspfad auch tatsächlich erreicht wird, mit den geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten. Alle Landwirte erhalten einen wirtschaftlichen Anreiz, sich zu beteiligen, können aber flexibel disponieren. Die Regelung kann allerdings nur funktionieren, wenn der Staat ein lückenloses, flächendeckendes Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelkataster etabliert.

## **GESTALTUNG DER AGRARLANDSCHAFT**

Ein erneuter Perspektivwechsel ist erforderlich, wenn wir abschließend zur Umgestaltung der Agrarlandschaften kommen. Hier geht es nicht darum, ob Rüben oder Weizen angebaut werden und wie viel hierbei gedüngt oder gespritzt wird. Vielmehr geht es um Umgestaltungen mit langfristiger Wirkung, zum Beispiel um Aufforstung, Agroforstsysteme, Biotopverbundsysteme, Blühstreifen, Wasserrückhaltebecken, Bewässerungsanlagen, Wiedervernäsung von Moorböden, Photovoltaikanlagen, Windräder, Plastikfolien, Feld-, Fahrrad-, Wander- und Reitwege, Acker- und Gewässerrandstreifen und Gebäude im Außenbereich. All das kann große Beiträge für Wertschöpfung, Klimaschutz, Biodiversität, Landschaftsästhetik und Erholungswert haben. Nur: Jedes Dorf verfügt über lediglich eine einzige Agrarlandschaft, und wenn diese durch „die große Politik“ auf ein primäres Ziel ausgerichtet wird (zum Beispiel Klimaschutz oder Wertschöpfung), können alle anderen Ziele gravierend zu kurz kommen.

Daher ist auf Ebene von Dörfern, Gemarkungen oder Samtgemeinden zu überlegen, wie die Agrarlandschaft so weiterentwickelt werden kann, dass größtmögliche Synergien entstehen. Eine neu gepflanzte Hecke an der richtigen Stelle und in der richtigen Pflanzenkomposition kann nicht nur zum Klimaschutz beitragen, sondern auch zum Erosionsschutz, zum Insektenschutz und zu weiteren Zielen. Ein vernachlässigter Feldweg kann eine unterlassene Gelegenheit sein, um Schulkinder sicher mit dem Fahrrad ins nächste Dorf zu geleiten. Gute Zielbilder auf dieser kleinräumigen Ebene zu entwickeln, sollte die Königsdisziplin einer Politik für Landwirtschaft und ländliche Räume sein. Es liegt auf der Hand, dass solche Zielbilder nur vor Ort ausgestaltet werden

können und nicht in Brüssel oder Berlin. Die große Politik müsste aber Prozeduren entwickeln, mit denen die Akteure vor Ort (Grundeigentümer, Landwirte, ländliche Bevölkerung) in die Lage versetzt werden, gemeinsam „auf Augenhöhe“ Zielbilder für ihre Region zu entwerfen und die Durchführung dieser Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.

### **FAZIT UND AUSBLICK**

Ein Gesellschaftsvertrag mit konkreten Zielbildern – dieses Konzept hat das Potenzial, die Dauer-Kontroverse zwischen Kritikern und Landwirtschaft zu überwinden. Die Analyse für die drei Baustellen Tierhaltung, Pflanzenbau und Agrarlandschaft hat aber gezeigt, dass jede dieser drei Baustellen eine eigene Art der Zielbildentwicklung erfordert. Das Konzept „one size fits all“ funktioniert für die Landwirtschaft nicht.

Wenn die Gesellschaft Zielbilder ansteuern möchte, die deutlich von den kostenminimalen Produktionssystemen der Weltagrarwirtschaft abweichen, so wird dies nur mit öffentlicher Finanzierung umsetzbar sein. Es liegt nahe, die Finanzmittel der Gemeinsamen Agrarpolitik vorrangig für die

Transformation des Pflanzenbaus und der Agrarlandschaften zu nutzen, während für die Transformation der Tierhaltung eine Ergänzungsfinanzierung auf nationaler Ebene zu etablieren ist.

Wenn man sich die Kritik an der Entwicklung der modernen Landwirtschaft vor Augen führt, so gibt es jenseits von Tierhaltung, Pflanzenbau und Agrarlandschaft zwei weitere Bereiche, die mit dem Ziel einer gesellschaftlich akzeptierten Landwirtschaft „bearbeitet“ werden müssten. Der erste Bereich betrifft das Thema „Vielfalt und Macht“ auf lokaler Ebene: Muss der Staat eingreifen, wenn die Zahl der Betriebe immer weiter zurückgeht und irgendwann in vielen Gemeinden nur noch ein einziges Agrarunternehmen dominiert? Zweitens geht es um dasselbe Thema auf Weltniveau: Wie kann die Politik verhindern, dass bei Saatgut, Pflanzenschutz oder Tiergenetik globale Monopole entstehen und irgendwann die künftige Entwicklung der Landwirtschaft von wenigen Großkonzernen bestimmt wird? Auch zu diesen Fragen ließen sich „echte Strategien“ entwickeln, sofern die Politik dies wirklich wünscht.

Erstmals veröffentlicht in  
Die Politische Meinung, Nr. 560, Januar/Februar 2020, 65. Jahrgang

## Impressionen der Abschlussveranstaltung Agrardialog am 18.08.2020 in Freckenhorst



(Fotos: Bischöfliche Pressestelle/Ann-Christin Ladermann)

## Kommentar von Ursula Heinen-Esser

Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Erntedank 2020 ist ein sehr passender Termin, um eine Denkschrift zu „Nachhaltige Landwirtschaft – Leitbilder“ zu veröffentlichen. Ich möchte der Katholischen Landvolkbewegung und der Katholischen Landjugendbewegung im Bistum Münster meinen ausdrücklichen Dank für die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema aussprechen. Die sehr gelungenen Ausführungen sind das Ergebnis eines vor mehr als einem Jahr begonnenen Dialogprozesses der regionalen Akteure entlang der Wertschöpfungskette vom Acker oder Grünland bis zum Teller. Dialoge wie der von Ihnen geführte tragen dazu bei, Brücken zu bauen und das gegenseitige Verständnis für die Situation des anderen zu fördern.

Erntedank bietet alljährlich die wichtige Gelegenheit, den Landwirtinnen und Landwirten unseres Landes für ihren unermüdlichen Einsatz auf dem Acker und in den Ställen zu danken. Rund um die Uhr leisten sie herausragende Arbeit für die Ernährung unserer Gesellschaft. Die Corona-Pandemie in den letzten Monaten hat uns dabei vor Augen geführt: Unsere Bäuerinnen und Bauern stellen auch in schwierigen Zeiten unsere Versorgung sicher und bringen regionale Vielfalt auf unsere Teller. So ist Erntedank immer auch ein wichtiges Signal an alle Verbraucherinnen und Verbraucher, wie viel Arbeit in unseren



(Foto: Anke Jacob)

hochwertigen Lebensmitteln steckt, für deren Qualität und Verfügbarkeit wir dankbar sein sollten. Und auch bereit sein sollten, diese Leistungen zu honorieren, d. h. einen fairen Preis dafür zu zahlen. Die Rechnung „hohe Qualität zu Niedrigstpreisen“ kann nicht aufgehen.

Die in dieser Denkschrift beschriebenen Leitbilder gehen auf die unterschiedlichen Rollen und Funktionen der Verbraucher, des Lebensmittel-einzelhandels, des Natur- und Tier-schutzes sowie der Bäuerinnen und Bauern ein und berücksichtigen auch die Rolle von Kirche, Politik und Jugend. Die Komplexität der Diskussion um die Zukunft der Landwirtschaft möchte ich beispielhaft an der für das Münsterland so bedeutenden Tierhaltungsfra ge festmachen:

Mehr Tierwohl kostet viel Zeit und Geld; diesen Mehraufwand bekommen die tierhaltenden Landwirte in



den seltensten Fällen vergütet. Auch, weil Verbraucher zwar in Umfragen aufgeschlossen gegenüber mehr Tierwohl sind, jedoch beim Einkauf allzu häufig die Kaufentscheidung von Preisdifferenzen – oft im Centbereich – abhängig machen. Wertschätzung und Wertschöpfung sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb sind sowohl staatliche Förderungen für Stallumbauten wie auch höhere Preise notwendig. Der Druck auf die Preise fängt an der Ladentheke an, mit Lockangeboten durch Billigst-Preise für Fleisch in den Supermärkten. Aber: Fleisch ist ein hochwertiges Lebensmittel und es sind alle Beteiligten gefordert, im Fleisch nicht irgendeine Ware zu sehen, sondern das Mitgeschöpf Tier. Auf allen Stufen der Lebensmittelkette brauchen wir eine offene, ehrliche und selbstkritische Analyse von Fehlentwicklungen. Und wir brauchen einen fairen Umgang miteinander.

Das in diesem Papier beschriebene Leitbild einer Nachhaltigen Landwirtschaft knüpft an wertebasierten Schriften beider Kirchen an und berücksichtigt den Dreiklang von Nachhaltigkeit im Zusammenspiel von Ökologie, Sozialem und Ökonomie.

Die Bedeutung der Landwirtschaft geht über die reine Versorgung mit Lebensmitteln hinaus und betrachtet auch die Vielzahl der Funktionen der Landwirtschaft wie ihre Beiträge im Naturschutz, in der Landschaftspflege und zur ländlichen Kultur. Weitere wichtige Aspekte stellen globale Verantwortung, Regionalisierung und

eine lokale Identität dar.

Die beschriebenen Aspekte stimmen in vielen Punkten mit den Arbeiten in unserem Haus überein. So ergab eine Erhebung auf landwirtschaftlichen Betrieben beispielsweise, dass in den letzten Jahren bereits deutliche Fortschritte im Bereich der Ökologie erzielt wurden. Deutlich wurde aber, dass die soziale und auch ökonomische Balance aufgrund zahlreicher Faktoren in den Betrieben verloren gegangen ist. In allen drei Bereichen bleiben aktuell noch viele offene Fragen zu klären und zu bearbeiten, um die Landwirtschaft auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Insbesondere stellt sich die Frage nach den Kriterien, an denen Nachhaltigkeit gemessen wird. Im Rahmen einer offenen Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Nachhaltige Landwirtschaft“ unter dem Vorsitz von Nordrhein-Westfalen tragen wir dazu bei, bundesweite Mindestkriterien für eine Nachhaltigkeitsbewertung der landwirtschaftlichen Betriebe zu erarbeiten.

Bei komplexen Fragestellungen wie der Weiterentwicklung der Nutztierhaltung und der Formulierung einer nachhaltigen Landwirtschaft benötigen wir eine Kultur des Austausches zwischen Produzenten und Verbrauchern – darüber, wie es besser gehen kann in der Landbewirtschaftung und in der Tierhaltung. Ihre Denkschrift „Nachhaltige Landwirtschaft – Leitbilder“ leistet hierbei einen sehr wichtigen Beitrag.

## Kommentar von Sybille Benning (MdB)

„Heute nicht auf Kosten von morgen leben!“ – so lautet das Leitmotiv für eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete, zukunftsfähige Politik. Die Bewahrung der Schöpfung liegt uns als Unionsfraktion und mir ganz persönlich sehr am Herzen. Wie in Ihrem Leitantrag beschrieben, müssen wir einen Weg finden, mit dem wir die Ressourcen der Natur nutzen, ohne sie auszubeuten. Nachhaltigkeit bedeutet, die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen so zu ändern, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation erfüllt werden, ohne die Möglichkeiten für zukünftige Generationen einzuschränken.

Ich teile Ihre Ansicht, dass Politik den Gestaltungsrahmen und damit die „Leitplanken“ setzen muss, um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Landwirtschaft zu schaffen. Es ist wichtig, dass wir immer wieder deutlich machen, dass zur Nachhaltigkeit das Engagement aller gehört: Verbraucher, die sich bewusst machen, dass sie durch ihren Einkauf mitentscheiden, wie Produkte erzeugt werden. Der Handel, der an der Schnittstelle zwischen Herstellern, Produzenten und Verbrauchern in der Verantwortung für eine sozial und ökologisch nachhaltige Lieferkette steht. Und die Landwirtschaft, die gleichermaßen effizient und ressourcenschonend arbeitet und die Regenerationsfähigkeit der Natur erhält.



Ich bin froh, dass unsere Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner den Dialog vorantreibt und nach dem Agrargipfel im Dezember 2019 nun eine unabhängige Regierungskommission eingesetzt hat. Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Peter Strohschneider sollen die 31 Mitglieder der Kommission aus den Bereichen Landwirtschaft, Wirtschaft und Verbraucher, Umwelt und Tierschutz sowie Wissenschaft einen Ausgleich zwischen den Interessen schaffen. Die Kommission soll Empfehlungen für eine produktive und zugleich ressourcenschonende Landwirtschaft erarbeiten. Auf der einen Seite ist es wichtig, dass wir mehr Tierwohl, Biodiversität sowie Klima- und Umweltschutz schaffen, auf der anderen Seite aber auch die Sicherung von Ernten und die ökonomische Tragfähigkeit der heimischen Betriebe gewährleisten. Hier gilt es, jetzt ein gemeinsames Verständnis und eine Verständigung zu entwickeln, mit der beide Seiten zusammengebracht



werden können. Mehr Nachhaltigkeit darf kein Wettbewerbsnachteil sein, der die wirtschaftliche Zukunft unserer Landwirte gefährdet. Veränderungen müssen gemeinsam mit der Landwirtschaft gestaltet werden.

Bei den Herausforderungen, die uns beim Thema Nachhaltigkeit begegnen, wird auch die Digitalisierung eine Chance sein. Sie hat das Potential, eine nachhaltigere Wirtschafts- und Lebensweise zu ermöglichen. Ich bin Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung und auch im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Hier wird immer wieder deutlich, welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn Nachhaltigkeit als Ziel von Innovatoren mitgedacht wird, die neue digitale Anwendungen entwickeln. Digitale Experimentierfelder in der Landwirtschaft sollen helfen, digitale Techniken zum Schutz der Umwelt, zur Steigerung des Tierwohls und der Biodiversität sowie zur Arbeitserleichterung zu erforschen und deren Praxistauglichkeit zu testen. Das Bundesministerium für

Ernährung und Landwirtschaft hat in den kommenden drei Jahren Mittel in Höhe von über 50 Millionen Euro dafür eingeplant. Die digitalen Experimentierfelder können Innovations- und Akzeptanztreiber in einem sein, indem sie auch beim Umwelt- und Naturschutz zur Nachhaltigkeit insgesamt beitragen.

Schließlich ist Bildung für nachhaltige Entwicklung ein wichtiger Baustein auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft. Sie beginnt in der Kita und setzt sich bis zur beruflichen Bildung fort. Sie befähigt uns zu zukunftsfähigem Denken und Handeln, und zu diesem Lernprozess gehört sicherlich auch, ein Bewusstsein über Ernährung und Einkaufsverhalten zu entwickeln.

Nur durch gemeinsames, nachhaltiges Handeln sichern wir auch nachfolgenden Generationen ein gutes Leben. Denn Nachhaltigkeit ist eine Daueraufgabe, die nur gemeinsam erfüllt werden kann.

## Kommentar von Prof. Dr. Guido Ritter

FH Münster, Fachbereich Oecotrophologie

### Das Ergebnispapier zeigt in die richtige Richtung ...

Der fortschreitende Klimawandel, nitratbelastetes Grundwasser, der Verlust von Biodiversität und der gesellschaftliche Druck umweltfreundlicher zu produzieren, fordern von der Landwirtschaft neue innovative Strategien im Ackerbau und in der Tierhaltung.

Wenn globale, europäische und deutsche Nachhaltigkeitsziele (z. B. Sustainable Development Goals/SDGs, Klimaschutzziele) erreicht werden sollen, müssen alle gesellschaftlichen Kräfte weitreichende Beiträge leisten – auch der Landwirtschafts- und Ernährungssektor.

Um so erfreulicher ist es, dass die katholische Kirche auf lokaler Ebene im Bistum Münster aktiv den Dialog initiiert mit dem Ziel, eine Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft zu fördern.

Als größtem Grundbesitzer kommt der römisch-katholischen Kirche dabei eine besondere Verantwortung für die Landwirtschaft zu. Zumal sich für Christinnen und Christen aus der religiös begründeten Verantwortung für Gottes Schöpfung die Ver-



(Foto: Ulrike Dammann)

pflichtung zum Erhalt der Umwelt und der Mitgeschöpfe ableiten lässt.

Das im Juni 2020 veröffentlichte Gutachten des wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) beim BMEL<sup>(1)</sup> gibt den wissenschaftlichen Konsens für die notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung einer integrierten Ernährungspolitik und der Gestaltung von fairen Ernährungsumgebungen wider.

Dabei wird eine grundlegende soziale und ökologische Neuausrichtung der Landwirtschaft hin zu einer mehr pflanzenbasierten Ernährung<sup>(2)</sup> als Basis für eine nachhaltige Entwicklung

---

<sup>(1)</sup> Spiller et al. (2020): Politik für eine nachhaltigere Ernährung: Eine integrierte Ernährungspolitik entwickeln und faire Ernährungsumgebungen gestalten. Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 230

<sup>(2)</sup> Willett et al. (2019): Food in the Anthropocene: the EAT–Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. The Lancet, 393, 447–492

dringend gefordert. Diese Notwendigkeit sieht auch der Agrardialog in seinem Ergebnispapier. Landwirtschaft wird als integrative Querschnittsaufgabe definiert, die viel mehr ist als reine Nahrungsmittel-Urproduktion.

Das Ergebnispapier beschreibt in vielen Punkten die Wichtigkeit des Dialogs zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft:

- Eine Überwindung des Auseinanderdriftens von ländlichem Raum und Stadtentwicklung.
- Den fairen Zugang zu Grund und Boden für Landwirte.
- Die Notwendigkeit für verlässliche Unterstützung in dem notwendigen Reformprozess hin zu einer ökologischeren Landwirtschaft, wo der aktive Naturschutz der Landwirte auch gerecht belohnt wird.
- Die Steigerung der Wertschätzung von Lebensmitteln und die Wiederherstellung des Respekts gegenüber den Tieren, die ein wesentlicher Teil unserer Ernährungsgrundlage sind.

Bei allen Herausforderungen gibt es eine große Chance für die bessere regionale Versorgungssicherung und den damit verbundenen Erhalt der traditionellen, heimischen Ernährungskultur.

Dabei ist die Suffizienz (das heißt die Beschränkung der Ressourcennutzung auf das Wesentliche) sowohl in der christlichen Religion begründet als auch ein wesentliches Strategiefeld der Nachhaltigkeitspolitik.

Letztendlich werden unsere Anstrengungen mit einer lebenswerten Umwelt für alle Menschen belohnt, wo eine Balance zwischen Nutzung und Regeneration unseres Planeten auch bei wachsender Bevölkerung möglich ist.

Vor fünf Jahren veröffentlichte Papst Franziskus die Enzyklika *Laudato Si'*, auf die sich auch das Ergebnispapier an verschiedenen Stellen bezieht. Das Rundschreiben lehrt uns, wie wir ge-

meinsam die Schöpfung bewahren und eine gerechtere Welt aufbauen können. *Laudato Si'* ist ein Weckruf, der nichts an Aktualität und Dringlichkeit eingebüßt hat. Die Coronapandemie zeigt, wie verwundbar unsere Lebens- und Wirtschaftsweise ist.

Das Ergebnispapier zeigt in die richtige Richtung und ist ein Anfang für eine nachhaltigere Landwirtschaft im Bistum Münster.

Ich wünsche dem Agrardialog Erfolg. Denn nur durch die Bündelung der Kräfte und den Mut zur Verantwortung und den Wandel werden wir die Herausforderungen der nächsten Jahre hin zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft gemeinsam bewältigen können.

## Antworten von Prof. Dr. Thomas Blaha, Bakum

### 1. Stellvertretender Vorsitzender der Tierärztlichen Vereinigung für Tierschutz

- Im Workshop Tierhaltung wurde z. T. sehr kontrovers über den (Nutzwert) Wert der Tiere, die Ansprüche von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und die Anpassungsmöglichkeiten der Landwirte diskutiert: Was ist Ihr Fazit?

Die kontroversen Diskussionen bezogen sich weniger auf das, was erreicht bzw. angestrebt werden soll (mehr Nachhaltigkeit, mehr Tierwohl, mehr Umwelt- und Klimaschutz), sondern mehr auf die Verantwortlichkeiten sowie die Möglichkeiten der Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft. Dies spiegelt sich auch in dem bisher vorgelegten Entwurf „Gesellschaftliches Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft“ wider. Hier gibt es klare Vorstellungen, dass Bauern und Bäuerinnen soziale Sicherheit gewährt werden soll, dass Tiere wie Mitgeschöpfe und nicht wie Sachen behandelt werden sollen, dass Subsidiarität und regionale Wirtschaftskreisläufe bevorzugt werden sollen, und dass wir eine neue Ernährungs- und Konsumethik entwickeln sollen – bei aller Klarheit der Zielstellungen haben diese Ausführungen aber dennoch eher Appellcharakter.

Es kommt darauf an, in der Weiterentwicklung der Leitbilder für nachhaltige Landwirtschaft die hochgradige Verflechtung der gewachsenen Strukturen anzuerkennen; die Handelsströme sind vom einzelnen Landwirt nicht einfach „mal so“ auflösbar



zugunsten einer regionalen Vermarktung. Der Appell an die Politik ist wirkungslos, weil „die Politik“ kein homogener Akteur ist. Es bedarf der klaren Formulierung der Aufgaben des Staates, die erforderlichen Umbauprozesse durch einen gesetzlichen Rechtsrahmen zu initiieren, zu ordnen, und dort durch öffentliche Förderung zu unterstützen, wo der Markt von der Gesellschaft geforderte Leistungen nicht vergütet.

Wenn das zu erarbeitende Leitbild sich nicht konkret zu dem Wie der Umgestaltung und dem Wer der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten äußert, wird es den Landwirten keine Hilfe sein.

- **Im Februar hat das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (sog. Borchert-Kommission) Vorschläge für einen Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung zu mehr Tierwohl vorgelegt und auch einen Zeitrahmen definiert: Wer hat daraus abgeleitet welche Aufgaben?**

Das „Borchert-Papier“ ist ein durchaus gut durchdachter und mit konkreten Umsetzungsideen versehener Vorschlag zum schrittweisen Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die von immer mehr Teilen der Gesellschaft gewünschten Richtung. Es ist aber bisher nur ein auf Papier gedruckter Vorschlag.

Der Gesetzgeber muss jetzt Konsequenzen ziehen und unter Einbeziehung der gesamten Lebensmittelerzeugerkette und des Einzelhandels den Transformationsprozess in Gang bringen. Das geht nur in Schritten und mit kurzfristigen Zwischenzielen, die Umsetzung muss kontrolliert werden.

- **Vielen tierhaltenden Betrieben mangelt es an Geld und Planungssicherheit. Wer soll den Umbau der Tierhaltung bezahlen?**

Dazu gibt es konkrete Vorschläge in den „Empfehlungen des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung“. Im Wesentlichen sind das zwei Instrumente:

1. Einen zweckgebundenen Aufschlag auf die Verbraucherpreise von Lebensmitteln tierischen Ursprungs, der an die Landwirte 1 : 1 weitergegeben werden muss, damit diese ihre tierwohlorientierten Mehrkosten im Vergleich zum Weltmarktpreis decken können,

- und
2. öffentliche Fördermittel für weitere von der Gesellschaft erwartete Leistungen. Denn neben den Mehrkosten für mehr Tierwohl – weniger Tiere pro Fläche, Stroh Einstreu, mehr Betreuungsaufwand – entstehen weitere Kosten für z. B. den auch zu verbessernden Umwelt- und Klimaschutz; die deckt der Lebensmittelmarkt ebenfalls nicht.

- **Ihr Wunsch an die Kirche?**

1. Die gesellschaftlich erwartete Umgestaltung der landwirtschaftlichen Tierhaltung erfolgt nicht im Selbstlauf. Ich erwarte von der Kirche, dass sie ihr zurzeit noch vorhandenes großes Ansehen als eine wichtige moralische Instanz der Gesellschaft einsetzt, um der Regierung (nicht allgemein der

Politik) die Übernahme von Verantwortung dabei abzuverlangen. Meine Empfehlung ist, dabei den Schulterschluss mit dem Deutschen Ethikrat zu suchen, der im März 2020 ein beachtenswertes Papier „Tierwohllachtung – zum verantwortlichen Umgang mit Nutztieren“ veröffentlicht hat.

Gemeinsam mit anderen moralischen Institutionen und mit der Wissenschaft muss auf einen Gesellschaftsvertrag zur Umgestaltung der Landwirtschaft gedrungen werden, da einzelne Akteure oder einzelne Akteursgruppen im Geflecht der nationalen und internationalen Interdependenzen selbst bei bestem Willen nichts ändern können.

2. Manche Dinge kann ein Landwirt nicht so einfach ändern, z. B. gibt es langfristige Verträge, die einen Betrieb an ein Schlachtunternehmen binden. Regionale Vermarktung wird da schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Es wird nicht wenige Landwirte geben, die es nicht gut finden, wenn Kirche ihnen Vorwürfe macht und zu den wachsenden gesellschaftlichen Kritiken auch noch ein von der Kirche erzeugtes schlechtes Gewissen hinzukommt.

Die Regionalität der Produktion hat im Übrigen auch ihre objektiven Grenzen: Die immer noch wachsenden urbanen Ballungsgebiete können nicht mit nur regional erzeugten Lebensmitteln versorgt werden.

3. Die Kirche sollte sich nicht in den unreflektierten Mainstream „groß ist böse, klein ist gut“ ziehen lassen. Es wird weiterhin auch größere Produktionseinheiten geben müssen, für deren verant-

wortungsvolles Betreiben nicht das „Kleinerwerden“, sondern die Wahrung der Schöpfungsverantwortung eingefordert werden muss.

4. Da „regional“, „subsidiär“, und „verpflichtendes Eigentum“ nicht automatisch zu mehr Tierwohl und Nachhaltigkeit führt, wäre es wichtig, nicht nur das „Was-geändert-werden-soll“ (z. B. kleine Einheiten, regional vermarktet, unabhängiger Familienbetrieb), sondern das „Was-erreicht-werden-soll“ (z. B. die Tiergesundheit und das Wohlergehen der Tiere) zu messen.

Das Vorschreiben von tierwohlorientierten Haltungsbedingungen führt nicht notwendigerweise zu einem besseren Tierwohl. Wir müssen am Tier messen, ob es ihm gut geht oder nicht. Das gilt in großen wie in kleinen Betriebs-einheiten. Es muss vermieden werden, dass der Eindruck entsteht, die Kirche halte Tierwohl nur durch kleine unabhängige Tierhaltungen für gewährleistet. Innovative Techniken in größeren Tierhaltungen können, wenn sie nicht nur für die Leistungssteigerung des Tierbestandes, sondern auch zur Früherkennung von Tierkrankheiten und Tierwohldefiziten eingesetzt werden, sehr wohl dem Tierwohl zugutekommen.

## Kommentar von Friedrich Steinmann



Es ist unbedingt richtig und notwendig, dass Bäuerinnen und Bauern selber ihre Vorstellungen von einer nachhaltigen Landwirtschaft formulieren.

Der WLV hat dies bereits vor einigen Jahren mit seiner „Offensive Nachhaltigkeit“ begonnen.

Dabei hat er ebenso wie KLB und KLJB viele gesellschaftliche Ansprüche an die Landwirtschaft aufgenommen und bei der Beschreibung der zukünftigen Landwirtschaft berücksichtigt.

Erste und wichtigste Aufgabe von Landwirtschaft wird auch in Zukunft die Sicherstellung der Ernährung der Menschen auf diesem Planeten sein. Eine Herkules-Aufgabe, sehen wir doch aktuell wieder eine global zunehmende Anzahl von Menschen, die unter Mangelernährung leidet oder gar regelrecht hungert.

Daher hat nicht nur die Landwirt-

schaft, sondern auch die Gesellschaft insgesamt, aber vor allem auch die Politik eine große Verantwortung.

Neben der Erzeugung von Lebensmitteln geht es darum, eine Form der Landwirtschaft zu entwickeln, die unsere Umwelt in ihrer Vielfalt und Gesundheit schützt und erhält.

Die Landwirtschaft der Zukunft ist eine multifunktionale Landwirtschaft, die eine große Anzahl von gesellschaftlichen Anforderungen erfüllen muss.

Nur mit einem offenen und mutigen Dialog aller Interessensgruppen kann es gelingen, eine Form der Landwirtschaft zu definieren, die wirklich nachhaltig ist.

Entscheidend wird sein, einen Gleichklang zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Belangen zu erzielen.

Bauernfamilien müssen wieder in gesicherten Rahmenbedingungen wirtschaften und mit großer gesellschaftlicher Akzeptanz ihr Einkommen erzielen können.

Ein solcher Entwicklungsprozess erfordert einen respektvollen Umgang miteinander, aber auch viel Kompromissbereitschaft aller Beteiligten.

Wir alle tragen hier eine große Verantwortung.



## Kommentar von Dr. Britta Linnemann

NABU-Naturschutzstation Münsterland

Zunächst einmal begrüße ich es sehr, dass ein Dialog mit diversen Akteuren zu verschiedenen Themen rund um die Landwirtschaft angestoßen worden ist und würde mir wünschen, diesen auch weiter zu führen.

Ein Leitbild zu verfassen ist keine leichte Aufgabe und ich finde den vorhandenen Entwurf in vielen Abschnitten schon gut gelungen, beispielsweise Abschnitt 2 zur sozialen Sicherheit. Grundsätzlich würde ich anregen, das Thema „Erhaltung der Schöpfung“ noch intensiver mit dem Thema „Erhaltung der Biologischen Vielfalt“ als unser aller Lebensgrundlage zu verschneiden. Dazu ist es auch wichtig, den Begriff „Biodiversität“ oder „Biologische Vielfalt“ nochmal eingehender zu definieren. Denn hier sind die Vorstellungen sehr verschieden, was immer wieder auch zu Missverständnissen und Fehlentscheidungen führt. Dieses Thema wird neben dem Klimawandel in Zukunft auch immer mehr die Überlebensfähigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben beeinflussen, weit über die Themen „Nutzungseinschränkung“ oder „Nährstoffhaushalt“ aus Kapitel 1 des Entwurfes hinaus. Hier spielen z. B. Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, Wasserverfügbarkeit oder Erhalt natürlicher Gleichgewichte und Artenvielfalt als Grundlage für die Nahrungsmittelproduktion eine Rolle (Stichwort z. B. Befruchtung durch



Wildbienen und andere Insekten von einer ganzen Reihe wichtiger landwirtschaftlicher Produkte). Der ehrliche und unvoreingenommene Blick in die Zukunft anhand vieler guter wissenschaftlicher Studien und Prognosen sollte gewagt werden, um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für Betriebe auf längere Sicht zu bekommen und auch, um gemeinsam Methoden zu entwickeln, die wirklich helfen und zur Lösung verschiedener vorhandener und zu erwartender Probleme beitragen. Hier muss man auch ehrlich sagen, dass es nur gemeinsam mit Gesellschaft und Politik möglich sein wird, die richtigen Weichen zu stellen. Das kann nur gelingen, wenn möglichst viele sich von lieb gewonnenen Gewohnheiten trennen, wenn diese nicht nachhaltig sind. Hier sollten auch Ernährungsgewohnheiten kritisch, ehrlich und anhand von wissenschaftlichen Erkenntnissen hinterfragt werden, beispielsweise auch der hohe Fleischkonsum in unserer



Gesellschaft und dessen Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch usw. Auch die Bedeutung regionaler und saisonaler Produkte und sicherer Absatzmärkte spielen eine wichtige Rolle.

Beim Kapitel 6 sollte man noch die „Sorge um das gemeinsame Haus“ ergänzen. Mit einem „weiter wie bisher“ werden wir die großen Bedrohungen unseres Daseins (global und regional, siehe auch „Modell der planetaren Grenzen“) nicht minimieren und die Ernährungssicherheit vermutlich auf Dauer nicht sicherstellen können. Papst Franziskus ruft zum Umdenken und zu Änderungen auf. Das sollte man ernst nehmen und in die Tat umsetzen. Hier kann das Bistum Münster mutig, wissenschaftsbasiert und ehrlich voran gehen. Gemeinsam mit Natur-

schutz und Landwirtschaft sollten praktikable und wirksame Maßnahmen und Strategien entwickelt werden, wobei man voneinander lernen muss. Dabei sollten nicht nur kleine Schritte gegangen werden, sondern man sollte sich erlauben, anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse größer zu denken, um langfristig Planungssicherheiten zu geben. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen dabei realistische Perspektiven bekommen, gestärkt und unterstützt werden und verlässliche Vorgaben haben, um mittel- bis langfristig planen zu können.

Nachhaltigkeit und Naturschutz gehen uns alle an und sind für die Landwirtschaft auf Dauer Grundvoraussetzung für ein auskömmliches und enkeltaugliches Wirtschaften in der Zukunft.

## Kommentar von Regina Selhorst

Westfälisch-Lippischer LandFrauenverband

Die deutsche Landwirtschaft hat in Zukunft vielfältige Aufgaben und ist maßgeblich für eine gute Entwicklung der ländlichen Räume. Ihre wichtigste Leistung ist die Produktion von regionalen, hochwertigen Lebensmitteln. Außerdem erzeugt sie nachwachsende Rohstoffe und Energie, pflegt die Landschaft, schützt die Natur und speichert klimarelevantes CO<sub>2</sub>.

All das leisten hauptsächlich familiengeführte, landwirtschaftliche Betriebe. Fast ein Drittel der Leistungen in den Familienbetrieben werden von Frauen erbracht. LandFrauen übernehmen Verantwortung und bilden eine Brücke zu Verbraucher\*innen. Nur im Dialog kann Vertrauen und Akzeptanz entstehen. Es verlaufen jedoch Bruchlinien zwischen den unterschiedlichen Interessengruppen und der Ton in der Debatte wird rauer. Viele Menschen bewegen sich zunehmend in Filterblasen und laufen so Gefahr, einseitige und falsche Informationen zu bekommen.

Der Westfälisch Lippische LandFrauenverband (wllv) begrüßt daher den vom Bistum Münster initiierten Agardialog und das vorgelegte „Gesellschaftliche Leitbild für eine nachhaltige Landwirtschaft“.

Die Landwirtschaft in Deutschland befindet sich in einem großen Umbruch, der viele Landwirt\*innen hinsichtlich der Zukunft ihrer Betriebe



und der Stabilität des ländlichen Raumes verunsichert. Der Strukturwandel beschleunigt sich, viele Familienbetriebe geben auf und das Leben auf dem Dorf verändert sich. Bedeutende Teile der Gesellschaft stellen erhöhte Anforderungen an die landwirtschaftliche Produktion. Gleichzeitig tragen zu wenige Verbraucher\*innen die damit verbundenen Mehrkosten an der Ladentheke mit. Die gefühlte und reale Distanz und der spürbare Vertrauensverlust zwischen Teilen der Gesellschaft und der Landwirtschaft sind größer denn je. Globalisierte Agrarmärkte sorgen für einen immensen Preisdruck. Die Landwirt\*innen befinden sich in einem Dilemma. Einerseits wollen sie umwelt- und klimaschonend produzieren und helfen, die artenreichen Kulturlandschaften zu erhalten. Andererseits müssen sie auf internationalen Märkten ihre Wettbewerbsfähigkeit behaupten.

Der wllv ist daher überzeugt, dass es

dringend einer gemeinsamen Vision von Gesellschaft, Politik, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft sowie konkreter Zielbilder für eine gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft der Zukunft bedarf. Denn nur durch Verlässlichkeit lässt sich die betriebswirtschaftlich notwendige, langfristige Planungssicherheit für Landwirt\*innen schaffen und ein Auskommen sichern.

Uns LandFrauen ist bewusst, dass eine Einigung eine Herausforderung darstellt. Ein dauerhafter, transparenter und ergebnisorientierter Dialog ist dennoch wichtig, um einen gemeinsamen Grundkonsens herauszubilden.

Der wllv begrüßt zudem die von der Bundesregierung einberufene „Zukunftskommission Landwirtschaft“

und erwartet, dass die oft vorherrschende „Wir gegen Die – Rhetorik“ rasch beendet wird. Als Aufgabe dieses Dialogprozesses sieht der wllv den Abschluss eines Gesellschaftsvertrags, der gemeinsame langfristige Zielbilder über die zukünftige Ausrichtung der deutschen Landwirtschaft festschreibt. Voraussetzung ist, dass sich alle beteiligten Akteure dem Vertrag langfristig verpflichtet fühlen und dementsprechend handeln.

Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten und im Einklang mit Natur, Umwelt und Gesellschaft zu entwickeln, gelingt nur gemeinsam.

Erste Schritte dazu haben die Beteiligten im „Agrardialog“ gemacht. Herzlichen Dank!

## Kommentar von Ulrich Jost-Blome

Leiter der Fachstelle Weltkirche im Bischöflichen Generalvikariat

Ich finde es richtig gut, dass die ländlichen Verbände in einen breit angelegten Prozess zur Neuorientierung eingestiegen sind.

Papst Franziskus hat es bei Laudato Si' vorgemacht: Eine Auseinandersetzung mit den Ergebnissen verschiedener Denkrichtungen bereichert einen selbst, verstärkt die Substanz und schärft in der Öffentlichkeit das Profil.

So haben auch Sie Ihren Prozess partizipativ angelegt. Ich erinnere nur an die Auftaktveranstaltung vor anderthalb Jahren, genau an dieser Stelle.

Was ist nun zum bisherigen Ergebnis zu sagen? Ich gebe Ihnen dazu – frei heraus – zwei Rückmeldungen.

Dieses ist die erste.

Ich war ein wenig verwundert, wie wenig beim Lesen die ländlichen Verbände in meiner Diözese auftauchten. In meinem Kopfkinos kamen sie kaum vor. Das ist verwunderlich. Denn wie wir alle wissen, ist die Landwirtschaft konstitutiv für das Gebiet des Bistums Münster. Wir sind nicht städtisch-industriell geprägt, wie zum Beispiel das Nachbarbistum Essen, sondern ländlich. Sogar unsere wenigen größeren Städte – Münster natürlich, aber auch etwa Bocholt oder Rheine – liegen zwischen Äckern und Wiesen.



Sie, die Landwirte, sorgen dafür, dass Sie selbst in der Corona-Zeit hier niemand hungern muss. In aufopferungsvoller Arbeit an sieben Tagen in der Woche an 365 Tagen im Jahr sorgen Sie für die Ernährungssicherheit! Mein Respekt und mein Dank! In jedem Dorf gibt es das Landvolk und gibt es die Landjugend. Ich erinnere mich daran, dass der KLJB-Diözesanverband bundesweit mit großem Abstand die meisten Mitglieder hat.

Das ist der Humus. Vor dort aus betrachtet Ihr, betrachten Sie die Situation. Und ich meine: Das darf man stolz beschreiben. Das vorgelegte Papier wird lebendig, es produziert Bilder, wenn man sich vorstellen kann, wer spricht. Es schafft auf diese Weise Solidarität mit den heimischen Landwirten.

Ein Zweites.

Sie haben mit mir einen Entwicklungspolitiker eingeladen. Wenn ich meine Sache gut machen will, dann muss ich die Dinge einordnen in ein größeres Ganzes: in die globale Strukturpolitik. Nichts „Geringeres“...

Unser allgemeines entwicklungspolitisches Ziel ist die Transformation in einer globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda – und zwar aus christlicher Perspektive mit einer ganz klaren Option. Das ist die Option für die Armen.

Ich sage es klar heraus: Das bleibt in diesem Papier doch sehr blass.

Schon die Reihenfolge, die ja auch immer eine Rangfolge ist. Die „Globale Verantwortung“ kommt erst an sechster Stelle. Und dann der „Umfang“. Es sind magere acht Zeilen. Mehr nicht für „Globale Verantwortung“.

Inhaltlich muss ich auf einen Katalog von Ursachen für Hunger und Unterernährung hinweisen, der niemanden kalt lassen kann.

Ich kann dabei nur Weniges nennen.

1. Wir in Deutschland verwenden Nahrungsmittel als Viehfutter für die Fleisch-Produktion.  
Aus Getreide wird Fleisch.<sup>(1)</sup>
2. Wir verwenden Nahrungsmittel wie Zuckerrohr, Raps, Mais, Ölpalmen, Soja zur Produktion von Agrotreibstoffen wie Biodiesel.<sup>(2)</sup>  
Aus Nahrungsmitteln wird Sprit.
3. Wir überschwemmen die lokalen Märkte in Kenia oder in Ghana oder im Senegal mit Billig-Exporten.  
Bauern dort können ihre Produkte nicht mehr absetzen, und alle Versuche einer eigenständigen Ernährungssicherung, etwa durch Brot für die Welt und Misereor, werden damit unterlaufen.
4. Wir akzeptieren, dass die Entwicklungsländer auf Druck zuvor des IWF und

---

<sup>(1)</sup> 34 % der gesamten Welternte wandern in die Tröge und werden als Futtermittel genutzt.  
FAO: Food Outlook, May 2012

Ein Beispiel: In Paraguay erfolgt der Anbau von Export-Soja auf 73 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche zur Rindfleischerzeugung in Europa oder in den USA.

<sup>(2)</sup> 20 % der gesamten Welternte dienen nicht der menschlichen Ernährung, sondern industriellen Zwecken, darunter 9 % für Agrotreibstoffe.  
FAO: Food Outlook, May 2012

jetzt der EU die Importzölle senken müssen.

5. Wir gehören zu den Hauptverursachern der Dürrekatastrophen, hervorgerufen durch den Klimawandel.

Regen bleibt aus. Oder er kommt dann, wann man ihn nicht mehr gebrauchen kann. Unberechenbare Wetterbedingungen also führen zu Dürren, Versteppung und Vernichtung von Ernten.

Aber wem sage ich das. Davon können ja auch Sie ein Lied singen. Und dennoch: Was hier im Münsterland angekommen ist, das ist bei unseren Schwestern und Brüdern etwa in Mali oder in Tansania schon lange bittere Realität.

Das sind Fakten, die bekannt sind. Ich bin sicher: die **Ihnen** bekannt sind.

Als einziges Beispiel erwähne ich Ihre langjährige beeindruckende Geschichte der Partnerbegegnungen mit Menschen aus Brasilien. Das ist identitätsstiftend für den Verband.

Daher: Nehmen Sie den Blickwinkel Ihrer Partner und Partnerinnen ein! Beschreiben Sie die Welt aus deren Perspektive. Überlegen Sie dann nochmals, welche Fragen Sie stellen müssen, welche Antworten Sie geben wollen!

Ich bin sicher, dass jetzt schon gute Papier wird dann eines, auf dem die Logos der christlichen Verbände KLB und KLJB zurecht stehen.





## Kommentar von Michael Radau

Vorstand SuperBioMarkt AG

Zunächst möchte ich mich bei allen Beteiligten, zuvorderst bei Bischof Genn, aber auch bei dem ganzen Team, das den Dialogprozess und viele spannende Veranstaltungen möglich gemacht und durchgeführt hat, ganz herzlich bedanken. Hier ist ein Thema aufgegriffen worden, was nicht nur aktuell ist, sondern auch ein bisschen droht, die Gesellschaft zu spalten. Dabei geht es doch im Kern um zwei Dinge, die gerade Menschen, denen der Auftrag „Schöpfung zu bewahren“ besonders wichtig ist, am Herzen liegen:

Eine enkeltaugliche Landwirtschaft und Wertschätzung für die Pflanzen und Tiere, die diese hervorbringt!

Und hier sehe ich die Klammer, die der Dialog schaffen kann. Der Schirm, unter den sich alle stellen können. Unsere Enkel und die uns nachfolgenden Generationen in unseren Fokus zu nehmen!

Damit es aber zu einer echten Veränderung kommt, müssen wir alle und besonders alle Beteiligten und Entscheidungsträger Veränderung wollen.

Wir Verbraucherinnen und Verbraucher müssen uns bei unserer täglichen Einkaufsentscheidung unserer Verantwortung bewusst sein und diese klug einsetzen.



Landwirte müssen ohne Vorbehalte Veränderungen und neue Wege erproben und wo immer möglich einschlagen.

Politik und Verwaltung müssen die nötigen Regelungen und Rahmenbedingungen schaffen, ohne den vielfältigen Ansprüchen der Interessengruppen zu viel Raum zu geben.

Und natürlich muss der Lebensmittelhandel nicht nur auf Verbraucherverhalten reagieren, sondern selbst aktiv eine Rolle, bei der Vermarktung von regionalen Produkten, bei der Information über Produktionszusammenhänge und bei fairer Preisstellung, sowie partnerschaftlichem Handeln den vorgelagerten Stufen gegenüber, einnehmen.

Hier gilt es überall noch, dicke Bretter zu bohren. Aber eine Ende September erschienene bundesweite wissenschaftliche Studie hat gezeigt,

dass es wichtig und dringend ist, hier neue Wege gemeinsam zu finden. Viele Pestizide, so auch Glyphosate sind mittlerweile überall in unserer Atemluft nachweisbar! Dies können und sollten wir uns, aber erst Recht den kommenden Generationen nicht mehr zumuten.

Daher freue ich mich über jede Initiative, die für eine nachhaltigere Landwirtschaft eintritt.

## Kommentar von Hermann Kroll-Schlüter

Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)

### Wohlstand durch Wachstum? - Ja - aber anders!

Corona zeigt dramatisch auf, dass sich jetzt wirklich etwas ändern muss. Wir hören seit Jahrzehnten: Die Welt muss nachhaltiger, ökologischer und gerechter werden.

Benedikt XVI.: „Es gibt auch eine Ökologie des Menschen. Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muss und die er nicht beliebig manipulieren kann. Der Mensch ist nicht nur sich selbst machende Freiheit. Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur achtet, sie hört und sich annimmt als der, der er ist und der sich nicht selbst gemacht hat. Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit ...“

“Die Geschichte lehrt, dass Freiheit und Würde des Menschen weithin vom Ordnungssystem der Wirtschaft abhängen.“ (Höffner)

Für die soziale Marktwirtschaft ist Wirtschaftswachstum (eigentlich) kein vorrangiges politisches Ziel. Wohlstand, gesellschaftlicher Fortschritt und persönliches Glück sind nicht zwangsläufig an das Bruttosozialprodukt gekoppelt. Das hat sich in den Augen vieler im Laufe der vergangenen Jahrzehnte geändert, so dass Wachstum als Ziel gesehen wird – unabhängig von den Konsequen-



zen für andere Bereiche. Wachstum wurde staatlich verordnet (überall auf der Welt), ohne Wachstum keine soziale Gerechtigkeit, ohne diese keine politische Stabilität – so lautet die Begründung. So wird in der aktuellen Krise auch alles getan, um die Nachfrage zu stimulieren, den privaten Konsum anzuregen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln – für mehr Wachstum (auch mit Schulden). Das hat seine Berechtigung, ist aber kein Selbstzweck.

Teilweise hat sich das Wachstumsversprechen in der Vergangenheit auch erfüllt. Der Zugang zu Weltmarkt und Wachstum hat seit 1990 mehr als einer Milliarde Menschen ermöglicht, der Armut zu entkommen. Der Anteil der Weltbevölkerung in extremer Armut ist in dieser Zeit von 44 auf unter zehn Prozent gesunken. Das ist gut so! Und doch ist der ökologische Preis hoch.

Die entscheidende Frage ist also nicht ob, sondern wie die Weltwirtschaft wachsen wird – wachsen soll. Das fossile Zeitalter muss durch eine neue, ökologische Produktions- und Wirtschaftsweise abgelöst werden. Orientieren wir uns an der Natur und dem unendlichen Reichtum biologischer Prozesse. Wachsen wir mit der Natur. Und setzen dabei auf marktwirtschaftliche Regelungen.

Beispielsweise ist für eine global wirksame Klimapolitik der Emissionshandel gegenwärtig der größte Hoffnungsträger. Eine Kernforderung wäre, dass wir den CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Preis geben müssen. Eine CO<sub>2</sub>-Grenzabgabe kann dabei ein Baustein von regelbasiertem Handel werden.

Damit schafft der Staat (bzw. die Staatengemeinschaft) die notwendigen Rahmenbedingungen und Spielregeln. Wie der frühere deutsche Bundespräsident Horst Köhler es formulierte: „Die Ordnung der Freiheit bedeutet: Die Bürger beauftragen den Staat, die Spielregeln zu setzen. Aber das Spiel machen die Bürger. Die Regeln lauten: Privateigentum und Vertragsfreiheit, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und ein stabiles Geldwesen, eine Sicherung vor den großen Lebensrisiken für jeden und Haftung aller für ihr Tun und Lassen. Auf diese Regeln muss Verlass sein. Die Bürger müssen wissen, was auf sie zukommt. Ohne Verlässlichkeit kein Vertrauen.“

## **Kommentar von Dirk Hillerkus**

Institut für Kirche und Gesellschaft

Die Kommentierung folgt dem Layout.

### **1. Verantwortung für die Schöpfung durch nachhaltiges Wirtschaften**

Nachhaltigkeit sollte als ein Konzept verstanden werden, demzufolge eine Generation ihre Bedürfnisse befriedigen kann, wenn dadurch die Befriedigung der Bedürfnisse der nachfolgenden Generationen nicht gefährdet wird. Bedingung ist dabei die Einhaltung der ökologischen planetaren Grenzen dieser Erde, was dem Verständnis einer „starken Nachhaltigkeit“, entspricht. Naturkapitalien und Naturgüter (unsere natürliche Umwelt, Tiere, Pflanzen, Rohstoffe etc.) sollten mindestens konstant gehalten bzw. gestärkt werden müssen. Dieser Aspekt könnte noch weiter ausgeführt werden.



### **2. Leitbild will soziale Sicherheit der Bauern und Bäuerinnen**

Die Frage, was eine zukunftsfähige Agrarpolitik umfassen sollte, wie z. B. eine Agrar-, Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts-, Welternährungs- und Raumordnungspolitik im ländlichen Raum könnte hier noch eingebracht werden.

### **5. Subsidiarität und regionale Wirtschaftskreisläufe**

Auch die Verantwortung der Politik, vor allem der kommunalen Entscheidungsträger, Rahmenbedingungen zu schaffen, die mehr „Regionalität“ im Bereich Verarbeitung fördern, wäre ein weiterer wichtiger Aspekt.

### **6. Globale Verantwortung**

Die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele und ihre zwei Grundprinzipien „do no harm“ und „leave no one behind“, die ja auch Leitlinien für kirchliches Handeln sind, wären mitaufzunehmen und würden, wenn ernsthaft umgesetzt, zu einer weltweiten Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität führen. Die Wichtigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe und agrarökologischer Landbaumethoden zur Ernährungssicherung in den Ländern des Südens sollte erwähnt werden.

## 7. Ernährungs- und Konsumethik

Eine engere Verzahnung von Landwirtschaft und Ernährung wäre ein Aspekt, dem aus meiner Sicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

## 8. Die Verantwortung der Politik

Die Politik hat die Verantwortung, mit allen Teilen der Bevölkerung und allen Stakeholdern ein neues Leitbild Landwirtschaft und einen Gesellschaftsvertrag zu erarbeiten, der von einer breiten Mehrheit getragen wird. Gleichzeitig verpflichten sich alle Gruppen/Stakeholder dazu, einen aktiven Beitrag, der klar definiert werden muss, zur Umsetzung des Gesellschaftsvertrags zu leisten. Die UN-Nachhaltigkeitsziele sollten als Richtlinien für den Gesellschaftsvertrag gelten.

## Schlusswort zum Agrardialog von Mareike Henkelmann

Regionalvorstand Münsterland des KLJB im Bistum Münster e.V.

Seit der Auftaktveranstaltung des Agrardialoges vor etwa anderthalb Jahren ist viel passiert: Während in den verschiedenen Arbeitsgruppen der Agrardialog inhaltlich vorangeschritten ist und das Arbeitspapier Formen angenommen hat, hat sich die Welt da draußen stark verändert:

Die Corona-Pandemie schärft den Blick auf die Bereiche unserer Gesellschaft und Wirtschaft, die offenbar auch vorher schon erhebliche Defizite aufwiesen.

Zeitgleich laufen in mehreren Bundesländern Volksbegehren zum Artenschutz, unsere Bundesregierung entschied kürzlich über die Zukunft der Schweinehaltung und das EU-Parlament bereitet die Umsetzung ihres „Green Deal“ vor.

Viele von uns haben das Gefühl, dass die Geschwindigkeit, in der Forderungen aus Politik und Gesellschaft an die Landwirtschaft gestellt werden, immer weiter zunimmt.

Gerade in solchen Zeiten ist es aber wichtig, sich nicht unreflektiert von gesellschaftlichen Strömungen treiben zu lassen, sondern besonnen und mit Blick nach vorn zu agieren. Wir scheuen uns nicht davor und nehmen die Herausforderungen an. Dazu braucht es seitens der Regierung aber angepasste Rahmenbedingungen, die



uns Investitionen in neue Ställe ermöglichen: Wer ein Mehr an Tierwohl gesetzlich verankert, ist auch in der Pflicht, TA Luft und Baugesetze entsprechend anzupassen!

Flankierend dazu braucht es den Dialog zwischen Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz, Handel, Kirche und Politik, um gemeinsame Schnittmengen herauszustellen und Ziele zu formulieren, die zu einem tragfähigen Kompromiss führen. Ein Gesellschaftsvertrag ist nötig, um uns langfristige Planungssicherheit – auch über Legislaturperioden hinweg – zu verschaffen. Niemanden bringt es langfristig weiter, nur auf den eigenen Befindlichkeiten zu beharren und eine Blockadehaltung einzunehmen.

Aber auch die öffentliche Kommunikation mit Bürgern und Verbrauchern ist nötig, damit sie den Mehrwert der deutschen Landwirtschaft erkennen und ihr Handeln beispielsweise beim Einkauf darauf ausrichten können.



All das erfordert viel Geduld und Ausdauer. Dennoch sind wir der Meinung, dass nur so eine nachhaltige und gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft möglich ist. Trecker-Demos und Bauernproteste schaffen zwar kurzfristig Aufmerksamkeit, können aber die Stimmung in der Bevölkerung ebenso schnell wieder kippen lassen. Politische Sacharbeit und die Beantwortung der Frage: „WOFÜR stehen wir ein?“ muss angepackt werden!

Der hier stattgefundene Agrardialog ist dazu ein guter Auftakt. Ein moderierter Dialog mit allen Akteuren der Ernährungswirtschaft führt nun zu greifbaren Handlungsempfehlungen für unsere Landwirtschaft, mit denen sich die Beteiligten identifizieren können. Zudem sind alle Teilnehmer des Prozesses auch Multiplikatoren für diesen Konsens und bieten die Chance, eine breite Öffentlichkeit dafür zu begeistern.

Eine entwicklungsfähige Landwirtschaft ist das, wofür wir uns in unserem Handeln als Junglandwirte und Hofnachfolger jeden Tag einsetzen. Auch im Ehrenamt der Landjugend haben wir unsere Vision einer zukunftsfähigen Landwirtschaft in einem Leitbild niedergeschrieben:

Unter der Betrachtung der [drei] Nachhaltigkeitskriterien [Ökonomie, Ökologie und Soziales] setzen wir uns in der Verbandsarbeit für eine starke, familiengeführte, regional verwurzel-

te Landwirtschaft ein, weil wir der Meinung sind, dass diese Form der Landwirtschaft unsere Gesellschaft insgesamt resilienter gegen ökologische, ökonomische und soziale Krisen macht!

Wie wichtig Krisenfestigkeit für eine Gesellschaft ist, hat sich in den vergangenen Monaten gezeigt. Dieses Bewusstsein sollten wir nun als Rückenwind nutzen und die Unterstützung aus allen Teilen der Gesellschaft einfordern, um unsere Landwirtschaft weiter nach vorne zu bringen.

Mit Ende dieses Leitbildprozesses dürfen wir die Arbeit nicht ruhen lassen: Gut sein bedeutet nicht, nicht noch besser werden zu können, und bestehen bleiben heißt auch, Veränderungsbereitschaft mitzubringen!

Für uns als junge Generation bedeutet das vor allen Dingen: Denkverbote streichen und Lösungen abseits von „Wachsen oder Weichen“ finden, den Dialog mit allen Gesellschaftsgruppen suchen und als positiver Multiplikator auftreten: Immer mit der Maxime: Global denken, lokal handeln!

## **Anhang: Offener Brief der niedersächsischen Bischöfe an die Landwirt\*innen Niedersachsens**

Liebe Landwirt\*innen und Vertreter\*innen der Landwirtschaftsverbände und -Gruppen,

was wir aktuell erleben, ist für uns alle nicht nur neu, sondern stellt unser ganzes Land vor besondere Herausforderungen. Bei allen Einschränkungen und Einschnitten, die Menschen wie Betriebe hart traf und noch weiterhin treffen, dürfen wir uns glücklich schätzen, über eine intakte Versorgung zu verfügen. Das gilt gerade auch für die Lebensmittelversorgung. Die Bedeutung der Ernährungssicherheit könnte nicht deutlicher zutage treten, als es aktuell der Fall ist. Denn Lebensmittel sind Mittel zum Leben. Doch auch im Bereich der Landwirtschaft erleben wir die Auswirkungen der Coronakrise, indem z.B. Sonderkulturbetriebe ihre Feldfrüchte nicht in Gänze pflanzen, säen oder ernten können und in einigen Bereichen die Preise sinken oder aber die Produktionskosten deutlich steigen.

Für Ihrer aller Mitwirkung daran, dass die Menschen in unserem Land täglich frische Lebensmittel einkaufen und genießen können, danken wir Ihnen von Herzen.

Eine hohe Wertschätzung für Lebensmittel und die Menschen, die diese Lebensmittel erzeugen, ist für uns eine wesentliche Grundlage des Dialogs im ländlichen Raum. Als katholische Kirche bekennen wir uns zu beidem: Erstens zur Schöpfungsver-

antwortung, d.h. zu nachhaltiger Entwicklung und effizienter Bewirtschaftung und Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden, Luft und Wasser in Verbindung mit einer bewussten Verantwortung des Menschen für das Tier. Zweitens zur Anerkennung der existenziell bedeutsamen Rolle der Landwirtschaft für unsere ländlichen Räume und die Lebensmittelversorgung und daraus resultierend zur Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe auch gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel.

Wir sehen die wirtschaftlich schwierige Lage vieler Betriebe nach zwei Dürresommern und wir blicken mit Sorge auf das aktuelle Wettergeschehen. Extreme Wetterlagen nehmen zu. Zudem erhöhen politische Entscheidungen der letzten Monate bei vielen Landwirt\*innen Niedersachsens ihre Existenzsorgen. Sie zeigen das insbesondere durch Demonstrationen, Mahnfeuer und das Aufstellen der grünen Kreuze, aber auch in vielen Diskussionen mit politisch Verantwortlichen und in unterschiedlichen Medien. Wir begrüßen Ihr gesellschaftliches Engagement und sind dankbar für Ihre so deutlich sichtbar werdende Bereitschaft zum Dialog. Wir alle wissen, das ist nicht immer einfach in unserer anspruchsvollen Gesellschaft.

Wir anerkennen die Wichtigkeit der heimischen Produktion von Lebensmitteln und die vielen Leistungen der Landwirtschaft auch in der Landschaftspflege in unseren Dörfern. Und Ja: Wir begrüßen grundsätzlich die neue und hohe gesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Miteinander von Mensch, Tier und Natur. Die Bewahrung der Schöpfung gehört zur „DNA“ der Kirche. Gleichzeitig erkennen wir in der Radikalisierung der Diskussion Gefahren für den respektvollen Umgang miteinander und für die gemeinsame Sache, die uns doch alle verbindet: Das Ziel, im Einklang mit der Natur zu leben und zu wirtschaften und gegenseitig Leistungen anzuerkennen.

Eine von unterschiedlichsten gesellschaftlichen Instanzen angemahnte Transformation der Landwirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit kann nicht von den Landwirt\*innen allein getragen werden. Die immer mehr werdenden Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe für das Gemeinwohl müssen deshalb auch von der Gesellschaft vergütet werden. Dafür wollen wir uns als katholische Kirche einsetzen. Auf landespolitischer Ebene unterstützen wir den „Niedersächsischen Weg“, in dem Landesregierung, Landvolk, Landwirtschaftskammer sowie Natur- und Umweltverbände sich in einem gemeinsamen Vertrag verpflichten, große Anstrengungen bei Natur- und Artenschutz, bei Biodiversität und beim Umgang mit der Ressource Landschaft zu unterneh-

men. Auf bundespolitischer Ebene fordern wir menschenwürdigere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle in der Wertschöpfungskette unserer Lebensmittel engagierten Menschen.

Dass wir es bei diesen Einschätzungen und unserem Dank nicht bewenden lassen wollen, zeigt unsere Initiative „Runde Tische Kirche und ländlicher Raum“. In der Region Weser-Ems treten an vier regionalen Runden Tischen unter dem Motto „landwärts“ Landwirt\*innen, LandFrauen und Landjugendliche mit Vertreter\*innen der katholischen Kirche, mit Kommunalpolitik und Wissenschaft in den Dialog. Wir wollen zur Entwicklung unserer ländlichen Räume aus christlicher Perspektive beitragen und erprobten Strukturen, um ehrenamtliches Engagement und Beteiligung zu ermöglichen. Damit wollen wir vor allem die für Sie, liebe Landwirt\*innen, drängenden Themen in den Fokus rücken. Die katholische Kirche kann auf diese Weise, vor allem über ihre Bildungseinrichtungen, einen wertschätzenden und konstruktiven Dialog ermöglichen, der die Leistung der Landwirtschaft anerkennt, der regional die ländlichen Räume und das Miteinander stärkt und der neue Wege aufzeigt.

Und wir unterstützen auch weiterhin den für so viele junge Menschen prägenden Winterkurs für Landwirt\*innen in Oesede und die wichtige Arbeit der Ländlichen Familienberatungen und der landwirt-

schaftlichen Sorgentelefone in Niedersachsen. Wir sind den Berater\*innen sehr dankbar, die sich hier ehrenamtlich engagieren.

Unsere Dörfer, unsere ländlichen Räume, unsere Kirche brauchen die Landwirtschaft. Und die Landwirtschaft braucht Bedingungen, die ihr eine sichere Zukunft garantieren. Dafür wollen wir uns gemeinsam einsetzen. Dies geschieht immer unter dem Leitgedanken der Bewahrung der Schöpfung für alle Menschen, die heute und zukünftig auf unserem Planeten leben. Dies ist uns als Christ\*innen aufgegeben.

Seien Sie sicher: Diesen Zukunftsdialog führen wir auf positiv kritische Weise an der Seite der Landwirt\*innen, also an Ihrer Seite. Lassen Sie uns weiter konstruktiv, optimistisch und mit dem guten Willen aller daran arbeiten.

Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, schreiben Sie uns gerne. Bis dahin wünschen wir Ihnen und Ihren Familien vor allem Gesundheit und Ihren Betrieben eine gute Entwicklung.

Herzliche Grüße und Gottes Segen,

Ihre

Bischof Franz-Josef Bode (Osnabrück)

Bischof Heiner Wilmer (Hildesheim)

Weihbischof Wilfried Theising (Vechta)





[www.klb-muenster.de](http://www.klb-muenster.de)  
[info@klb-muenster.de](mailto:info@klb-muenster.de)  
Tel.: 0251/53913-12  
Fax: 0251/53913-28



Katholische  
Landjugendbewegung  
im Bistum Münster e.V.

[www.kljb-muenster.de](http://www.kljb-muenster.de)  
[info@kljb-muenster.de](mailto:info@kljb-muenster.de)  
Tel.: 0251/53913-0  
Fax: 0251/53913-28

Schorlemerstr. 11, 48143 Münster  
Postfach, 48135 Münster